

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kliringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 20. Oktober 1930

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Dolchstosslegende in neuer Auflage.

SPD. "Köpfe werden in den Sand rollen!". Vor dem höchsten Gericht des Reichs hat Hitler es gewagt, diese Drohung auszusprechen und niemand zweifelt daran, dass er, dem politische Hysterie und Grössenwahn den Kopf umnebeln, diese Drohung ernst gemeint hat. Es passt gut zu dieser Fanfare, dass schon seit einigen Wochen Nationalsozialisten und Gelbe im Bunde wieder einen Verleumdungszug als Neuauflage der Dolchstosslegende betreiben.

Angefangen hat diese Hetze mit einer Unverfrorenheit des "Völkischen Beobachters", der kürzlich behauptete, die November-Revolution sei von deutschen Sozialdemokraten insbesondere von Scheidemann mit französischem Geld finanziert worden. Der Beweis für diese Behauptung soll angeblich in einem vor einigen Monaten in Paris erschienenen Spionageroman mit dem Titel "En mission chez l'ennemi" enthalten sein, als dessen Verfasser ein "Lieutenant Desgranges" zeichnet. Tatsächlich dürfte es einen französischen Offizier dieses Namens nie gegeben haben. Das Buch, um das es sich handelt, ist vermutlich das Machwerk eines kleinen Spionageagenten, der die Sensationssucht gewisser nationalistischer französischer Kreise zu einem geschäftlichen Erfolg auszunutzen verstand und der zu diesem Zweck die grössten Lügen und die längst vermoderten Greuellegenden über die Kriegsverbrechen der deutschen Truppen aus der Kriegspropaganda wieder auftischt.

Es ist bezeichnend, dass sich die sonst so "nationalen" gelben und nationalsozialistischen Blättchen nicht scheuen, aus solchen übelduftenden, deutschfeindlichen Blüten Honig zu saugen. Ja, es werden sogar unter Berufung auf das Machwerk des französischen Spionageagenten mit kalter Ueberlegung Dinge als bewiesen hingestellt, die selbst dieser Deutschenfresser nicht zu behaupten gewagt hat. In dem als Beweis angeführten Buch ist z.B. in keiner Zeile auch nur der Verdacht ausgesprochen, dass Scheidemann zu jener Zeit in Verbindung mit Franzosen gestanden hätte, bestochen worden oder der Bestechung zugänglich gewesen sei! Diese Unterstellung des "Völkischen Beobachters" ist eine aus den Fingern gesogene gemeine Verleumdung ohne jede auch nur scheinbare Unterlage. Das französische Buch erwähnt Scheidemann (ebenso wie auch den vom Völkischen Beobachter gleichfalls verdächtigten ehemaligen Volksbeauftragten Haase) lediglich innerhalb einer, übrigens ziemlich schiefen Darstellung der innerpolitischen Lage Deutschlands im letzten Kriegsjahr als Führer ihrer Parteigruppen, in derselben Weise wie auch eine Anzahl anderer Persönlichkeiten aus Politik, Diplomatie und Wirtschaft.

Der "Völkische Beobachter" und seine gelben Gefolgsleute heben aus dem fragwürdigen Buch des Franzosen als angebliches Beweismittel ein nichtdatiertes Schreiben des damaligen (1918) Militärattachés der französischen Gesandtschaft im Haag hervor, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, einigen nichtgenannten "Organen der sozialdemokratischen Minderheit" Geld für Propagandazwecke zur Verfügung zu stellen. Unmittelbar darauf wird dann mitgeteilt, dass der tüchtige Attaché seinen Plan nicht durchführen konnte, weil die Re-

gierung Clemenceau sich jeder Teilnahme an einer revolutionären Propaganda in Deutschland widersetzt! Sie befürchtete nämlich ein Uebergreifen der revolutionären Welle auf das eigene Land. Ueber eine sonstige französische Mitwirkung an den Novembervorgängen ist selbst nach der zweifelhaften französischen Darstellung nichts zu entnehmen, als die Angabe, dass Propaganda-Material nach Deutschland eingeschmuggelt worden sei, als das alte lächerliche Märchen von Waffenkäufen im Ausland und die sicher erlogene Behauptung, dass der Verfasser Mitglied eines revolutionären Komitees in Berlin gewesen sein will. Er widerspricht sich dabei selbst, indem er angibt, dass er im November 1918 nicht in Berlin sondern in Paris gewesen sei!

Aus dem ganzen Charakter des Buches und aus der oft ganz mangelhaften Sachkenntnis ergibt sich klar, dass viele Angaben reine Grosssprechereien eines Wichtigtuers sind. Wie wenig Vertrauen der Verfasser verdient, zeigt, dass er nicht einmal die Namen der Leute richtig kennt, zu denen er angeblich Verbindung gehabt haben will. So verzeichnet er in seinem Buch die Existenz eines "Revolutionären Protest-Komitees Liebnecht-Ledebourg-Piecke". Er hat sich also nicht einmal die Mühe gegeben, die Wahrscheinlichkeit seiner phantastischen Erzählungen durch die oberflächlichste Anpassung an die Tatsachen zu stützen.

Um das Bild der zweifelhaften Persönlichkeit dieses Kronzeugen der nationalsozialistischen und gelben Verleumdungen abzurunden, sei erwähnt, dass sein Buch gefüllt ist mit seitenlangen Erzählungen über kaltblütige und raffinierte Mordtaten an einigen Dutzend Deutschen, Holländern und Belgiern (Männer und Frauen!), die durch seine französisch-belgische Bande angeblich aus Spionagerücksichten auf holländischem (neutralen) Boden umgebracht wurden. Dieselbe Bande verfolgte nach dem Bericht des Verfassers Desgranges den Plan, den Kaiser nach seinem Uebertritt auf holländischen Boden zu ermorden und nur durch einen Zufall kam der Plan nicht zur Ausführung!

Aber sogar von diesem Desgranges, dem Mörder und Giftmischer, den sich unsere nationalsozialistischen und gelben Verleumder als Bundesgenossen erwählt haben, hätten sie noch Anstand lernen können. Denn selbst er sagt in seinem Buch über die deutsche Volkserhebung von 1918: "Nicht wir haben die Revolution verursacht. Das Elend des Volkes, die Hungersnot und die Gewissheit der militärischen Niederlage waren die Ursachen". Wo bleibt da die Dolchstosslegende? Nun, Herr Hitler braucht sie, um sich bei den Reaktionären alten Stils, die ihm heute nicht mehr so ganz trauen, beliebt zu machen. Er wird auch in Zukunft in seinen Reden "die Köpfe rollen lassen", denn es kommt ihm weniger auf die Wahrheit als auf den Effekt an, den er mit solchen blutrünstigen Redensarten bei seiner hysterischen und urteilslosen Anhängerschaft erzielt.

SPD. Bukarest, 20. November (Eig. Drahtb.)

Russland hat in Rumänien seit Jahren eine ausserordentlich umfangreiche Spionageorganisation unterhalten, mit der sich in den letzten Monaten ein Sonderdezernat der rumänischen Polizei Tag und Nacht beschäftigte. Als die Spione sich beobachtet fühlten und ihre Tätigkeit umzustellen trachteten, griffen die rumänischen Behörden zu. Auf Veranlassung des Justizministers wurden in Bukarest, Kronstadt, Klausenburg, Jassy und zahlreichen anderen Städten über Nacht 112 Personen verhaftet, die sämtlich der Spionage zugunsten Russlands überführt sind. Sämtliche Verhafteten wurden in das Militärgefängnis nach Bukarest gebracht.

Die russische Spionage-Organisation verfügte nach den bisherigen Ermittlungen über ungeheure Geldmittel. Der Leiter der Organisation war ein reichsdeutscher Ingenieur, der direkt mit der Sowjetgesandtschaft in Wien arbeitete und von dort Geld und Instruktionen empfing. Bezeichnend für den Umfang der Spionage-Organisation ist auch, dass sie in Bukarest einen Kurzwellensender unterhielt, der ständig mit Wien in Verbindung stand. Der Gegenapparat befindet sich in der Wiener Sowjetgesandtschaft.

SPD. Der Reichstag hat am Sonnabend einstimmig dem Vorschlag des Ältestenrats zugestimmt vorläufig ab 1. November die Diäten der Reichstagsabgeordneten um 20 Prozent und die Tagegelder für Ausschusssitzungen ausserhalb der Tagungen um 50 Prozent herabzusetzen. Die endgültige Regelung wird nach Vorbereitung in einem Unterausschuss des Ältestenrats später getroffen werden.

Der Anstoss zur sofortigen Kürzung der Diäten der Reichstagsabgeordneten ist von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgegangen. Erst dann haben andere Parteien ebenfalls Anträge auf Kürzung der Diäten gestellt. Diese Reihenfolge ist nicht ohne Bedeutung. Denn obwohl die Nationalsozialisten, die Kommunisten und andere Gruppen während des Wahlkampfes die angeblich zu hohen Diäten heftig kritisierten, hatten sie zunächst nicht die Absicht, für ihre Herabsetzung zu sorgen. Dazu sind sie erst durch das Vorgehen der Sozialdemokratie gezwungen worden.

SPD. Leipzig, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Unterbezirk Gross-Leipzig der SPD fasste am Sonntag nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat des Reichstagsabgeordneten Dittmann zur politischen Lage folgende Entschliessung :

"Die Verhandlungen des Reichstags haben der werktätigen Bevölkerung die grosse Gefahr des Faschismus aufgezeigt, der im Zusammenspiel mit den Kommunisten zu einer Katastrophe für Deutschland führen kann. Daraus erwächst für die Sozialdemokratie die zwingende Pflicht, für die Erhaltung der Demokratie mit aller Energie einzutreten. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und billigt ihren Kampf um die Erhaltung der Demokratie zur Erhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiterklasse. Dieser Kampf bedingt die völlige Einheit und Geschlossenheit der Partei. Er bedingt ferner höchste Kampfbereitschaft im Bunde mit allen sozialistischen Arbeiterorganisationen. Die Generalversammlung des Unterbezirks Gross-Leipzig ist bereit, alle Kräfte für die Abwehr des Faschismus einzusetzen."

SPD. Der Reichswehrminister wird auf die Rede des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten von Oldenburg-Januschau in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags brieflich antworten. In der Antwort, die nach der inzwischen erfolgten Einsichtnahme des Reichswehrministers in das amtliche Protokoll der Rede, am Dienstag oder Mittwoch an Oldenburg-Januschau abgehen wird, werden die Angriffe des deutschnationalen Abgeordneten auf die Führung der Reichswehr entschieden zurückgewiesen und charakterisiert werden.

SPD. Paris, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Je näher das Datum des Wiederzusammentritt des französischen Parlaments heranrückt, umso höher steigt der Tatendrang der Regierung Tardieu. In der Tat wenn man dem Parlament schon in der ersten Sitzung ein "massives Vertrauensvotum" entreissen will, wie dies Tardieu selbst angekündigt hat, so muss man zumindestens einige Aktiven aufzuweisen haben. So bemüht sich Tardieu im endlosen Redefluss zu beweisen, wie viel er bereits für die Landwirtschaft, den Handel, die Industrie, die Arbeiterschaft, die Kriegsteilnehmer und schliesslich für seine engeren wähler in Belfort geleistet hat. Sein eifriger Finanzminister ist dazu noch mit Polizei und Staatsanwalt gegen die Pariser Börse zum Kreuzzug ausgezogen.

Es muss wirklich schlecht um die Regierung Tardieu stehen, wenn sie zu

solchen armseligen Mitteln greifen muss, um den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Dem Parlament wird Tardieu mit dieser billigen Demagogie nichts vor-
machen können. Jedermann weiss es und erst vor acht Tagen haben es die Sozialisten des Seine-Departements in einer Entschliessung festgestellt, dass die mit vieler Reklame angekündigte Politik der Prosperität kläglich Schiffbruch gelitten hat. Gewiss, die Preise sind unermüdlich weiter in die Höhe geklettert wie es am Sonntag wieder die sozialistischen Gewerkschaften in einer Versammlung in Bordeaux feststellen mussten. Davon profitiert nur ein kleiner Teil des kapitalistischen Bürgertums, während die grosse Masse der Arbeiter und Verbraucher die Kosten zu zahlen hat.

Wenn die Pariser Börse selbst, die Hochburg des Kapitalismus, die Politik Tardieus durch eine ununterbrochene Baisse deckt, so liegt auch das nur daran, dass sich in Frankreich ebenso sehr die Nachwirkungen der internationalen Wirtschaftskrise, wie die aussenpolitische Unsicherheit und die Kapitalflucht aus Deutschland bemerkbar machen. Es ist bisher noch nicht einmal den puritanisch denkenden Amerikanern eingefallen, gegen den Börsenkrach in New York mit dem Büttel vorzugehen. Es war dem lateinischen, klaren, skeptischen Frankreich vorbehalten, diesen Don Quichotte-Streich zu erleben.

Tardieu selbst aber scheint sich über den Erfolg all dieser Bemühungen nur wenig Illusionen zu machen. Es ist in allen politischen Kreisen in Paris stark aufgefallen, dass er in seinen zahlreichen Sonntagsreden nirgends polemisch geworden ist. Auf die scharfe Kriegserklärung der Radikalen von Grenoble hat er bisher mit keinem einzigen Wort geantwortet. Es sei denn, dass er jenes neue Schlagwort von dem "Einigungs-Koeffizienten" in die Welt setzte, ein Wort, das ausserordentlich sachlich und modern klingt, praktisch aber leider gar nichts besagen will. Ungestört vollzieht sich inzwischen der Aufmarsch der Regierungsgegner in der Kammer und im Senat. In der Kammer ist es ein Teil der bisherigen Regierungsmehrheit selbst, die der Regierung auf aussenpolitischem Gebiet in den Rücken fallen will. Im Senat ist es die Gruppe der demokratischen Linken, die schon im Sommer aus ihrem Missvergnügen gegenüber der Regierung keinen Hehl gemacht hat.

SPD. Aus Polen erfährt der "Soz.Pressedienst" zu der Meldung, wonach der Führer der polnischen Sozialdemokratie ein Mandatsverzicht unterschrieben haben soll, dass das betreffende Schriftstück nicht von Liebermann selbst unterschrieben ist, sondern von 3 polnischen Festungsoffizieren der Festung Brest-Litowsk, wo Liebermann seit Auflösung des Sejm in Haft gehalten wird. Obwohl der Wahlkommissar diese Verzichtserklärung nicht anerkannt hat, herrscht in den Kreisen der polnischen Sozialdemokraten lebhaftes Beunruhigung über das Schicksal Liebermanns, von dem seit seiner Verhaftung keinerlei Lebenszeichen mehr vorliegt. Es wird sogar befürchtet, dass Liebermann dem Fanatismus der Pilsudski-Leute zum Opfer gefallen ist und ermordet wurde.

SPD. Frankfurt/M., 20. Oktober (Eig:Dr.)

In der Nacht zum 20. Oktober kam es hier in einem Verkehrslokal der Nationalsozialisten in der Niddastrasse zu einer schweren Schlägerei, die einem Kommunisten das Leben kostete.

Mitglieder des kommunistischen Antifaschistischen Kampfbundes, die auswärts an einer Kundgebung teilgenommen hatten und die im Galluszirkel wohnen, waren nach dem Güterplatz marschiert, wo sich der Zug auflöste. Ein Teil der Kommunisten besuchte noch eine Wirtschaft in der Speyererstrasse, wo der Vorschlag gemacht wurde, noch ein Lokal in der Niddastrasse aufzusuchen. Diese Wirtschaft ist das Verkehrslokal der Nationalsozialisten. Als die Kommunisten,

die grösstenteils Uniform trugen und Kampflieder sangen, die Wirtschaft betreten hatten, herrschte zunächst Ruhe. Später fanden sich in dem Lokal auch einige Nationalsozialisten ein. Die Gegensätze entluden sich bald und im Augenblick war eine Schlägerei im Gange, über deren Urheberchaft sich die Angaben zunächst noch widersprechen. Ein Angehöriger des Antifaschistischen Kampfbundes erhielt mit einem Bierglas einen Schlag gegen den Hinterkopf, an dessen Folgen er kurz darauf im Krankenhaus verstarb. Schliesslich wurde auch geschossen. Als Schütze wurde ein Angehöriger der Nationalsozialisten, der früher dem Roten Frontkämpferbund angehörte, festgenommen. Auch der tödlich verunglückte Kommunist war im Besitz einer Waffe.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Gegen den Hofbesitzer Hamkens in Tetenbüll ist Anklage erhoben worden, in der ihm zum Vorwurf gemacht wird, durch 13 selbständige Handlungen öffentlich die Mitglieder der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung sowie den Landwirtschaftsminister Dr. Steiger beleidigt zu haben. Der Oberstaatsanwalt hat die Verbindung des Verfahrens gegen Hamkens mit dem Verfahren wegen Aufreizung zum Steuerstreik beantragt."

SPD. Paris, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die schweren Regengüsse, die im Süden Frankreichs seit zwei Tagen niedergegangen sind, haben, wie aus Montpellier gemeldet wird, weitgehende Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. Mehrere Eisenbahnlinien sind unterbrochen und die Landstrassen bis zu 60 Centimeter mit Wasser bedeckt. Das Meer frisst sich infolge des Sturmes und Regens immer mehr ins Land und hat bereits alle Küstenstreifen überschwemmt. Narbonne steht vollkommen unter Wasser. Der Bahnhof ist isoliert, die Hauptstrasse der Stadt unpassierbar. Die Lebensmittelzufuhr von Carcassonne nach Narbonne ist abgeschnitten.

SPD. Bochum, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Nientimp aus Bochum, gegen den in Dortmund ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Bestechung schwebt soll, wie es heisst, nach Strassburg geflüchtet sein.

Verhandlungen Nientimps und seines Mitwissers, des früheren Geschäftsführers der Grosseinkaufsgenossenschaft der westfälischen Bäckerinnungen, Hundertmark, mit dem Vorstand der Genossenschaft, durch Zahlung von 80 000 Mark den Schaden gutzumachen und dadurch einen Strafantrag zu verhindern, zerschlugen sich, weil Hundertmark sich an der Aufbringung der Summe nicht beteiligen wollte.

SPD. Angora, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das vorläufige Ergebnis der türkischen Gemeindewahlen zeigt einen starken Aufstieg der kürzlich gegründeten Liberalen Oppositionspartei. Der Aufstieg war trotz des Terrors der Regierung möglich. In Smyrna brachte es die Opposition auf 2/5 aller abgegebenen Stimmen. Ähnliche Verhältnisse werden aus zahlreichen anderen Provinzstädten gemeldet. In vielen kleineren Städten erlangte die Opposition die absolute Mehrheit.

SPD. Stuttgart, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich werden am Dienstag zu einem kurzen Aufenthalt in Stuttgart eintreffen und mit den Ministern von Württemberg, Baden und Hessen über Fragen des Finanzausgleichs und der Gestaltung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden Besprechungen führen. Irgendwelche Empfänge sind mit dem Besuch nicht verbunden.

SPD. Paris, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Vorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs wählte den Generalsekretär der Partei, Paul Faure, der dieses Amt schon seit der Abspaltung der Kommunisten verwaltet, einstimmig wieder. Zum Parteikommissar für die internationale Aktion wurde der Abg. Grumbach, zum Parteischlichter der Abg. Le Troquer bestimmt.

SPD. Koblenz, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

In einem Aufruf ersucht der Oberpräsident der Rheinprovinz die rheinische Bevölkerung, gesellschaftliche Veranstaltungen, die zur Not der Zeit in stärkstem Gegensatz stehen, im kommenden Winter in weitestem Masse einzuschränken. Wenn Feiern nicht ganz vermieden werden könnten, dann sollten sie schlicht einfach und kurz sein.

SPD. Der Reichstag hat sich am Sonnabend auf die Dauer von sechs Wochen vertagt und seinen Wiederzusammentritt auf den 3. Dezember festgelegt. Das geschah einmal, weil die angekündigten Gesetzentwürfe der Regierung zunächst dem Reichsrat und dann erst dem Reichstag zugehen und ferner, weil während der Pause die Ausschüsse arbeiten sollen, in erster Linie der Haushaltsausschuss, dem die Notverordnung überwiesen worden ist.

Diese Vertagung des Reichstags aber passt der Rechten durchaus nicht in den Kram. Sie erstrebt weitere Gelegenheit, den Parlamentarismus durch Radikalogien zu diskreditieren. Nationalsozialisten und Deutschnationale kündigen Anträge an, durch die die vorzeitige Einberufung des Reichstags erzwungen werden soll. Wenn die Hugenbergblätter dabei die Behauptung aufstellen, die Regierung sei durch Art. 24 der Reichsverfassung verpflichtet, den Reichstag am ersten Mittwoch des Monats November einzuberufen, ein Drittel des Reichstags aber könne auch die frühere Einberufung verlangen, so zeigt das nur die Kenntnislosigkeit dieser Gesellschaft.

Zunächst ist festzustellen, dass nicht die Reichsregierung sondern der Reichstagspräsident den Reichstag einberuft und der Reichstag souverän ist, selbst den Termin für seinen Zusammentritt zu bestimmen und festzusetzen. Gewiss heisst es im Art. 24 der Reichsverfassung: "Der Reichstag tritt in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung zusammen." Aber diese Bestimmung ist zu einer Zeit geschaffen worden, als man glaubte, dass die Sitzungsperiode des Reichstags in Sessionen eingeteilt werde, wie das vor dem Kriege der Fall war. Durch den Sessionsbeschluss fiel die Berechtigung zum Diätenbezug und der Anspruch auf Immunität fort. Es erloschen aber auch sämtliche eingebrachten Anträge und Gesetzentwürfe. Diese Wirkungen haben dazu geführt, dass in der Nachkriegszeit die Einteilung in Sessionen fortgefallen ist, der Reichstag innerhalb einer Wahlperiode niemals geschlossen, sondern immer nur vertagt wurde. Die Bestimmung über den Zusammentritt am ersten Mittwoch im November ist infolgedessen schon seit Jahr und Tag nicht mehr zur Anwendung gelangt. Mehrfache haben auch Zwischentagungen stattgefunden, so z. B. im August 1924 zur Beratung der Dawesgesetze und im September 1929

zur Beratung der Arbeitslosenversicherung. In diesen beiden Fällen ist also ebenso wie in diesem Jahr ein früherer Zusammentritt des Reichstags als am ersten Mittwoch im November erfolgt, sodass schon aus diesem Grunde der Zusammentritt am ersten Mittwoch im November nicht zu erfolgen brauchte.

Im Übrigen bestimmt der Art. 24 der Reichsverfassung, dass der Reichstag den Schluss der Tagung und den Tag des Wiederzusammentritts bestimmt. Das ist durch den Beschluss vom Sonnabend geschehen. An diesem Mehrheitswillen des Reichstags kann auch eine Minderheit nichts ändern. Würde eine Minderheit den Zusammentritt des Reichstags beschliessen, so hätte die Mehrheit entweder durch Fernbleiben von der Tagung oder durch nochmaligen Vertagungsbeschluss jederzeit die Möglichkeit, dem entgegenzutreten. Ueber diesen Sachverhalt hat es bisher keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Nur parlamentarische Neulinge können deshalb von "Staatsstreich" und ähnlichem faseln.

Wenn die Reichstagsfraktion Deutsches Landvolk den Reichstagspräsidenten aufgefordert hat, den Reichstag früher einzuberufen, so ist auch das nur eine Geste. Nachdem der Reichstag den Termin seines Wiederzusammentritts festgelegt hat, ist auch der Reichstagspräsident an diesen Termin gebunden. Und wenn schliesslich gar Herr Gregor Strasser die Einberufung des Ueberwachungsausschusses in Aussicht stellt, so sei ihm vorher das Studium des Paragraphen 35 der Reichsverfassung empfohlen, der die Befugnisse des Ausschusses feststellt. Wichtigtuerei mag eine erfolgreiche Betätigung des Herrn Strasser in Volksversammlungen sein, wo man Komödianten liebt, im Reichstag wird er damit nur der Lächerlichkeit zum Erfolg verhelfen.

SPD. Wien, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Dieser Tage wurde in dem Orte Ternitz ein bestialischer Lustmord an einer Angestellten einer dortigen Fabrik begangen. Der Täter ist seit langem aktives Mitglied der Ternitzer Heimwehr.

SPD. Am Sonntag fanden im hamburgischen Landgebiet Gemeinde-, Stadtvertretungs- und Landesausschusswahlen statt. Das Ergebnis dieser Wahlen ist insofern interessant, als es insbesondere die nationalsozialistische Bewegung nicht mehr auf einer aufwärtsstrebenden Linie zeigt. Im Hamburger Bezirk, der die Landgemeinden umfasst, verloren die Nationalsozialisten im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen 1/3 ihrer Stimmen vom 14. September, während alle anderen Parteien dem 10prozentigen Stimmenrückgang entsprechend 10 % ihrer Stimmen einbüssten. Nur im Landkreis I konnten die Nazis ihre Stimmen vom 14. September einigermassen behaupten.

Der hamburgische Landkreis I umfasst die Städte Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht und der Wahlkreis II die Landgemeinden. Das Ergebnis im Wahlkreis I ist folgendes:

	<u>Stimmen</u>	<u>Sitze</u>	<u>1927 Stimmen</u>	<u>Sitze</u>	<u>Reichstagswahl</u>
<u>Sozialdemokraten</u>	8850	3	8725	3	9796
<u>KPD</u>	2891	1	2619	1	2815
<u>Staatspartei</u>	1473	-	2544	1	1934
<u>Bürgerliche Liste</u>	5861	2	8472	3	6338
<u>Nationalsozialisten</u>	5418	2	--	-	5458

Im Wahlkreis II (Landgemeinde) erhielten: Sozialdemokraten 6641 Stimmen 3 Sitze (1927: 6103 Stimmen 3 Sitze, Reichstagswahl 7347 Stimmen); Kommunisten 1186 Stimmen kein Sitz (754 Stimmen kein Sitz, 1316 Stimmen); Staatspartei 1439 Stimmen kein Sitz (1853 Stimmen 1 Sitz, 1258 Stimmen); bürgerliche Liste

5452 Stimmen 2 Sitze (6907 Stimmen, 3 Sitze, 5701 Stimmen); Nationalsozialisten 3805 Stimmen 2 Sitze, (1927: keine Stimmen, Reichstagswahl 5530 Stimmen). Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 74½ Prozent.

SPD. Bochum, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau, die am Montag in Essen stattfanden, verliefen ergebnislos.

Die Bergarbeitervertreter forderten die Wiedereinführung der 7-Stunden-Schicht, da die Friedensleistung nicht nur erreicht, sondern weit überschritten sei. Damit sei die Voraussetzung für die 7-Stunden-Arbeitszeit gegeben. Die riesige Arbeitslosigkeit im Bergbau zwingt zur Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer vertraten den Standpunkt, dass ihnen unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Recht auf Verfahren von Ueberschichten über die bisherige Arbeitszeit hinaus gegeben werden müsse. Eine Behebung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Senkung der Selbstkosten und verschärften Wettbewerb möglich. Demgegenüber betonten die Vertreter der Gewerkschaften, dass die Absatzmöglichkeiten aus weltwirtschaftlichen Gründen begrenzt seien; die strikte Durchführung des Unternehmerstandpunktes müsse zur Verelendung der Bergarbeiterschaft führen. Zu beachten sei, dass in dem grössten Kohlenausfuhrland der Welt, in England, die Arbeitszeit im Bergbau ab Dezember verkürzt werde.

Die Unternehmer verhielten sich gegenüber den Argumenten der Gewerkschaften vollkommen ablehnend. Sie wollen durch Anrufung des Schlichters für Anfang November neue Verhandlungen in die Wege leiten.

SPD. Budapest, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Blatt "Reggel" meldet, dass die Exkaiserin Zita anlässlich der am 20. November eintretenden Grossjährigkeit ihres Sohnes Otto von allen Mitgliedern des Hauses Habsburg die Unterzeichnung eines Treugelöbnisses gefordert habe. Alle österreichischen Mitglieder des Hauses hätten der Forderung entsprochen. Die polnischen und die beiden ungarischen Erzherzöge Joseph und Friedrich hätten sie jedoch abgelehnt.

SPD. London, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die englische Regierung wird am Dienstag eine Erklärung über die Palästina Politik veröffentlichen. Damit findet die Diskussion zwischen London und Genf über die Verwaltung des palästinensischen Mandats durch England ihren Abschluss.

Die Erklärung der Regierung wird die Richtlinien enthalten, die sich aus den Untersuchungen verschiedener englischer Kommissionen in Palästina über die arabisch-jüdische Frage, sowie über die Einwanderungspolitik ergeben haben. In englischen zionistischen Kreisen herrscht bereits grosse Erregung über die von der Regierung geplante Einführung eines Parlamentes in Palästina, in dem die Araber offenbar eine starke Vertretung haben sollen.

SPD. Helsingfors, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der finnischen Hauptstadt versammelten sich am Montag 500 Lappofaschisten aus allen Teilen Finnlands, die an der Entführung von andersdenkenden Elementen beteiligt gewesen sind. Sie versammelten sich auf Grund einer Aufforderung, die der Führer der Lappofaschisten Kosola an alle Entführer gerichtet

hat. Mit der Aufforderung wird offensichtlich der Zweck verfolgt, die Behörden in Anbetracht der grossen Zahl der Entführer zu einer Verfolgung ausserstande zu setzen.

Die Lappofaschisten wurden von einer grossen Menschenmenge begrüsst. Kosol sprach zu ihnen und erklärte, dass sich alle Anhänger der Bewegung, die direkt oder indirekt an den Entführungen mitgewirkt hätten, der Polizei zur Verfügung stellen müssten. Anschliessend wurde eine Deputation von 20 Personen unter Führung von Kosola zu dem Innenminister geschickt. Er erklärte, für die Entstehung der Lappobewegung Verständnis zu haben, und forderte die Schuldigen auf, sich bei den zuständigen Behörden ihres Heimortes zu melden.

SPD. London, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Es geschieht öfters, dass politische Ereignisse, denen auch ausserhalb Deutschlands grosse Bedeutung beigemessen wird, in der englischen Presse nur wenig Beachtung finden. So bringt z.B. keines der weit verbreiteten Blätter Londons mit den grossen Auflageziffern in einem Leitartikel seine Meinung über die Sonnabendsitzung des Reichstags mit den zahlreichen Abstimmungen zum Ausdruck. Vielleicht liegt das zum Teil daran, dass man in England von vornherein bestimmt damit gerechnet hatte, dass sich eine Mehrheit für die Politik der Vernunft finden werde. Dass ernste Beobachter freilich ihre Augen nach Deutschland gerichtet haben, zeigt das Eingehen auf die deutschen Fragen in einigen der grossen politischen Tageszeitungen.

Der "Daily Telegraph" ist befriedigt von dem Ausgang der Abstimmungen. Der "Manchester Guardian" nimmt den Ausgang der Abstimmungen zum Anlass, das Problem der Revision des Young-Plans zu besprechen. Er stellt der demagogischen Agitation Hitlers gegen den Young-Plan und anderer Verträge die besonnenen Worte Brüning's gegenüber, für den es ebenfalls durchaus nicht klar sei, ob Deutschland auf die Dauer die Young-Verpflichtungen werde leisten können. Deutschland habe ein Recht, ein Moratorium zu fordern, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt seien. Den Voraussetzungen liege die Weltwirtschaftskrise zugrunde, die ihrerseits wiederum zum grössten Teil durch das Fallen der Weltmarktpreise verursacht sei. Da Deutschland durch die Moratoriumsbestimmungen des Young-Plans, anders als andere Länder, die Welt offiziell auf seine Schwierigkeiten aufmerksam machen könne, hält es der "Manchester Guardian" für möglich, dass gerade Deutschland die Notenbanken der Welt zu einer weiseren Geldpolitik werde veranlassen können. Denn ein gemeinsames Vorgehen der Zentralbanken der Welt könne erheblich zur Linderung der Weltwirtschaftskrise beitragen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Unterhaltungen Dr. Schachts in New York von besonderem Interesse. Auch über diese finden sich in der englischen Presse kaum Angaben. Doch liegt ein Bericht des meist wohlunterrichteten Korrespondenten der "Times" aus Washington vor. Dr. Schacht verbrachte danach eine halbe Stunde in Unterhaltungen mit Mister Stimson, dem amerikanischen Aussenminister, und wird auch den Schatzkanzler Mellon sehen. Was er mit dem Aussenminister gesprochen hat, wird nicht gesagt. Der Korrespondent der "Times" meldet gleichzeitig, in englischen Kreisen Amerikas sei das Gerücht im Umlauf, dass verschiedene amerikanische Minister zusammen mit dem Gouverneur der Reservebank am Montag eine Besprechung über einen Plan für ein Moratorium der alliierten Schuldenzahlungen an Amerika abhalten wollten. Eine Bestätigung dieses Gerüchts sei nicht zu erlangen.

Die gemeldeten Vorgänge werden wahrscheinlicher, wenn man sich erinnert, dass seit einiger Zeit behauptet wird, England versuche eine Revision der interalliierten Schulden an Amerika zu betreiben. Freilich weiss man, dass für ein Moratorium in Amerika wenig Freunde zu finden sein würden, aber es erscheint nicht ausgeschlossen, dass sich die ganze Frage von der Seite der Goldwährung und des internationalen Preisfalles eher aufrollen liesse.

Auch die Beteiligung der Bankleute an diesen Besprechungen macht einen solchen Weg wahrscheinlicher, und man verfolgt ja in Amerika schon seit langem mit Besorgnis die Entwicklung des internationalen Preisniveaus. Fallende Preise bringen eine erhöhte Belastung der Schuldnerländer mit sich. Der Zusammenhang zwischen den Preisfragen und den Fragen der alliierten Schulden und weiterhin der deutschen Reparationen, die ja für England nur eine Durchgangszahlung für seine eigenen Zahlungen an Amerika sind, liegt damit auf der Hand.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung über die Genfer Völkerbundstagung. Ausserdem werden die am Sonnabend vom Reichstag an den Ausschuss überwiesenen Anträge beraten. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

SPD. Dresden, 20. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf einem Vertretertag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Sachsen verlangte der Reichstagsabgeordnete Schneider, der bisher auf dem linken Flügel seiner Partei stand, von der Regierung, dass sie keine wie immer geartete Bindung an die Sozialdemokratie eingehe. Die Regierung solle die Bewährungsfrist bis Anfang Dezember nützen, um in Berücksichtigung der am 14. September deutlich geäußerten Volksmeinung die Politik des Reiches so zu führen, dass das staatliche, wirtschaftliche und nationale Leben des deutschen Volkes nicht nur vor dem Zusammenbruch bewahrt bleibe, sondern weitere Auftriebe und Antriebe erfahre.

Der Generalsekretär der Volkspartei für Sachsen, Dieckmann, verschärfte Schneiders Forderung indem er verlangte, dass die Deutsche Volkspartei die Reichsregierung täglich dahin kontrollieren solle, dass sie sich von jedem offenen und geheimen Einfluss der Sozialdemokratie auf die Regierungsführung freimache. In einer Entschliessung fordert der Vertretertag von der Reichsleitung und der Reichstagsfraktion der Volkspartei, dass keine Interessengemeinschaft mit der sogenannten (!) Staatspartei (Demokraten) eingegangen werde

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Dienstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

5 Tage Reichstag.

Von Paul Löbe.

SPD. Als am Morgen des 15. September die Resultate der Wahlen in ihren wichtigsten Umrissen bekannt waren, überwog bei den politisch Urteilenden im Lande der Eindruck: Dieser Reichstag wird überhaupt nicht zu ordnungsmässiger Arbeit kommen, sondern für die Dauer verhandlungsunfähig sein. Zwei starke Fraktionen, die das Parlament selbst bekämpfen und verächtlich machen wollen in seinem eigenen Schosse, dazu weitere Parteigruppen, die dieses Spiel mit unverschämter Freude betrachteten, ja begünstigten, - das Todesurteil sei gesprochen ehe dieser Reichstag zu seiner ersten Sitzung zusammentritt! Selbst die Optimisten trösteten sich nur mit dem Spruch, dass es "ganz so schlimm" nicht werden würde.

Es ist nicht ganz so schlimm geworden, aber gerade schlimm genug. Die Arbeit des Reichstags konnte nicht lahmgelegt werden, aber sie wurde unter äusseren Umständen und Szenen verrichtet, die nichts weniger als "Würde" zeigten, um einen Ausdruck des Herrn Reichspräsidenten Hindenburg beim Empfang des Präsidiums zu gebrauchen. Manchmal schien es wirklich so weit zu sein, dass die Verhandlungen unter der Flut unparlamentarischer Kundgebungen unterbrochen werden mussten.

Schon die Umstellung des Parlamentsgebäudes mit starken Polizeikräften war eine ebenso ungewöhnliche, wie unerwünschte, aber leider notwendige Vorsichtsmassnahme. Sie hing zusammen mit dem ihm voraus angekündigten Uniformeinmarsch der Nationalsozialisten, der sowohl Neugierige wie Sympathiker der Braunhemden in grosser Zahl herangerufen hatte, die durch laute Kundgebungen die Polizei zum Einschreiten zwangen. Oder hätte diese warten sollen, bis auch im Hause der Volksvertretung die Scheiben eingeschlagen werden? Aus der Mitte des Reichstages ist sofort nach meiner Wahl die Frage an mich gestellt worden, ob das Erscheinen in Uniform überhaupt geduldet werden sollte. Sie wird in den kommenden Wochen gelöst werden müssen. Aber es ist kein Zweifel, dass diese Uniformierung im höchsten Grade unerwünscht ist. Sie teilt schon im voraus das Parlament in feindliche Armeelager und das muss unerträglich werden, wenn das Beispiel von anderen Gruppen nachgeahmt wird.

Der Sinn der Parlamentsarbeit ist es doch schliesslich, in erster Linie Gründe gegen Gründe, Ueberzeugung gegen Ueberzeugung zu setzen, sie vor dem Hause darzulegen und dann Entscheidungen zu fällen. Schon die äusserlich sichtbare Abgrenzung erschwert es, sie lässt mindestens den Anschein zu, dass der eine Teil bald hier bald drüben versichert: Ich will Gründe gar nicht hören, ich bin fertig, ehe der Gegner beginnt. Ganz abgesehen von der gesteigerten Gefahr der Zusammenstösse, die sich aus solchen uniformierten Gruppen im Hause des Reichstages ergeben. Die eigentliche parlamentarische Auseinandersetzung wird aber auch durch den Umfang, den Zurufen und Demonstrationen während der Debatte erreicht haben, aufs äusserste gefährdet. Das minutenlange Händeklatschen, früher nicht üblich, die Sprechchöre, die massenweisen Schlussrufe und organisierten Störungen, ganz gleich von welcher Seite sie kommen, sind mit dem Prinzip der freien Aussprache nicht vereinbar, sie hindern den Redner, geordnete Gedankengänge vorzutragen.

Störungen dieser Art wurden im vergangenen Reichstage zuerst von den Kommunisten geübt, die ja auch das Uniformtragen hier und da vereinzelt eingeführt haben. Kommunistische Redner griffen in zügelloser Weise andere Parteien an, oft über die Grenze des parlamentarisch Erlaubten, setzen aber sofort mit Sturmszenen ein, wenn einer der Angegriffenen antworten wollte, sodass schon deshalb oft auf die Antwort verzichtet wurde. Was damals eine vereinzelte Erscheinung war, droht jetzt regelmässig wiederzukehren und richtet sich bei der jetzigen Stärkeverteilung der Parteien gerade gegen diejenigen, die es früher allein ausübten. Der erste Sturm richtete sich gegen Herrn Dr. Frick, als er in der

ernsten Sitzung unter dem Alterspräsidenten das Wort ergriff. Der zweite aber kam dann gegen Herrn Torgler bei der Redeschlacht um den Vizepräsidenten. Was die Kommunisten früher selbst praktizierten, machte jetzt ihrem eigenen Sprecher das Weiterreden unmöglich. Schliesslich griff diese Methode der Vergeltung auch auf andere Parteien über. Am letzten Tage wurde es gegen den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Dr. Hoegner, geübt, worauf sich die Sozialdemokraten bei der Rede des Herrn v. Reventlow zu revanchieren versuchten. Beide Redner hatten die Behauptung vom Empfang ausländischer Gelder für den politischen Gegner aufgestellt. Solche Behauptungen können widerlegt, aber nicht durch Schreien aus der Welt geschafft werden. Zur Widerlegung aber ist eine geordnete Debatte und ruhiges Anhören nötig. Wem schon das Anhören unerträglich erscheint, der muss sich dem durch Abwesenheit entziehen. Er darf aber den Redner nicht hindern, sondern muss es dem Präsidenten überlassen, einzugreifen, falls die parlamentarischen Grenzen überschritten werden.

Es ist ja überhaupt ein charakteristisches Zeichen dieses Reichstags, dass Unarten, wie sie früher von den Kommunisten geübt wurden, ihnen jetzt von einer stärkeren Fraktion heimgesahlt werden, zugleich ist es aber ein Beweis, dass diese Störungen nicht geduldet, sondern unter allen Umständen unterdrückt werden müssen. Sprechchöre, Gesangsvorführungen, Schimpfkanonaden hindern das Parlament, seine Aufgabe zu erfüllen und niemand kann sich über Vertagungen beklagen, wenn er sich vorher selbst bemüht hat, das Parlament arbeitsunfähig zu machen.

Es ist trotz aller dieser Störungen, trotz aller finsternen Prophezeihungen gelungen, die Lahmlegung des Reichstags zu verhindern. Er hat die ihm zunächst gestellten Fragen in ordentlichen Abstimmungen erledigt, wenn auch unter vielen Hindernissen und bei Anspannung aller Nervenkraft, die überhaupt möglich war. Mehrfach haben die Führer der obstruierenden Parteien selbst versucht, ihre unbändige Gefolgschaft zur Ruhe zu bringen.

Herr Strasser sprach in der letzten Geschäftsordnungsdebatte die un begründete Behauptung aus, der Reichstag werde nicht am 3. Dezember, er werde überhaupt nicht mehr zusammentreten. Zu solchen Behauptungen liegt keine Veranlassung vor. Solange der Reichstag sich nicht selbst umbringt, wird er zusammentreten, wird er seine Entschlüsse fassen, wird er seine Rechte wahrnehmen können. Dafür zu sorgen ist meine Aufgabe und Pflicht. Eine andere Entwicklung könnte die Dinge nur nehmen, wenn diejenigen die Volksvertretung zur Arbeit unfähig machen, die am lautesten von den Rechten des Volkes reden. Ich nehme an, dass die Mehrheit stark genug und gewillt ist, das zu verhindern, was sie in den ersten fünf Tagen dieses Reichstags verhindert hat.

Die Taktik der Sozialdemokratie im Reichstag.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion schreibt uns

Die sozialdemokratische Fraktion des neuen Reichstags hatte in ihrer ersten Sitzung vom 3. Oktober 1930 die Richtlinien für ihre politische Arbeit formuliert. Es wurde darin festgestellt, dass die Demokratie von allen sozialreaktionären Kreisen bedroht ist, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen. Die Demokratie ist aber auch bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten und durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen die Sozialreaktion und Faschismus erschwert. Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. "Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion", so wird in der Entschliessung betont,

"entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit grösster Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf ausserhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen."

Mit dieser Entschliessung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Ausdruck gebracht, dass sie sich das Gesetz des Handelns nicht von den Gegnern der arbeitenden Klassen vorschreiben lässt, sondern den Weg zu gehen entschlossen ist, den das Interesse des werktätigen Volkes erfordert. Sie hat durch die Annahme des Schuldentilgungsgesetzes die Aufnahme eines Auslandskredits von 500 Millionen Mark ermöglicht und damit die Auszahlung der sozialen Unterstützungen der Beamtengehälter und der Arbeiterlöhne gesichert. Sie hat der Ueberweisung der in der reichstagslosen Zeit erlassenen Notverordnungen zur Beratung im Haushaltsausschuss zugestimmt. Sie hat die Erklärungen der Regierung über ihr Programm zur Kenntnis genommen und ist über die von Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und Landbühlern eingebrachten Misstrauensanträge gegen die Regierung Brüning oder einzelne Minister dieser Regierung zur Tagesordnung übergegangen. Die Fraktion hat sich bei dieser taktischen Stellungnahme die keine Vertrauenskundgebung für die Regierung in sich schliesst, von folgenden Erwägungen leiten lassen:

Die Mehrheitsverhältnisse im neuen Reichstag.

Die Wahl vom 14. September hat die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag vollkommen verändert. Im alten Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion 152 Mandate bei einer Gesamtzahl von 491 Mandaten. Sie bildete also fast ein Drittel des Reichstags. 21 Monate lang regierte die "grosse Koalition", die mit rund 300 Mandaten eine sichere Mehrheit hinter sich hatte. Die Sozialdemokratie war allerdings auch im Kabinett der "grossen Koalition" in der Minderheit gegenüber den bürgerlichen Parteien. Im neuen Reichstag besteht diese Koalitionsmöglichkeit nicht mehr. Die sozialdemokratische Fraktion bildet jetzt nur ein Viertel des Parlaments. Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale, die an Stelle der demokratischen Verfassung irgend eine Diktatur setzen wollen, stellen allein 225 unter 577 Abgeordneten; zu ihnen muss man aber noch mehrere kleinere Rechtsgruppen zählen, deren Verfassungstreue äusserst zweifelhaft ist.

Eine sozialdemokratische Minderheitsregierung scheidet von vornherein aus jeder Diskussion aus. Aber auch das Kabinett Brüning hat keine Mehrheit in diesem Reichstag. Es kann jeden Tag gestürzt werden. Die Frage ist also nicht, ob das gegenwärtige amtierende Kabinett, sondern wann es gestürzt werden soll. Für die Sozialdemokratie ergibt sich aus Antwort auf diese Frage, dass die Zustimmung zu dem Antrag, über die von den verfassungsfeindlichen Parteien gestellten Misstrauensanträge zur Tagesordnung überzugehen, keine Vertrauenskundgebung für das Kabinett Brüning bedeutet.

Nach einem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning.

Wenn mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning angenommen worden wären, so hätten sich folgende politische Möglichkeiten ergeben:

1. Rücktritt des Kabinetts Brüning. Es erhält vom Reichspräsident Hindenburg die Vollachten zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte. Da dieses geschäftsführende Kabinett keine parlamentarische Mehrheit für seine Massnahmen findet und eine erneute Auflösung von keiner Seite befürchtet wird, weil sie so bald nach der letzten Wahl noch keine Verbesserung verspricht, so müsste es gegen den Reichstag regieren. Das bedeutet, dass sich eine solche Regierung nur unter Ausschaltung des Reichstags im Amt halten könnte. Der Diktatur-Artikel 48

der Reichsverfassung würde dann dauernd auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Lebens angewendet werden. Nicht nur der Reichstag, sondern auch jeder einzelne Staatsbürger würde seine durch die Verfassung garantierten Rechte verlieren. Wann sie wiedergewonnen werden könnten, ist ganz ungewiss.

2. An die Stelle des Kabinetts Brüning tritt ein vom Reichspräsidenten ernanntes Beamtenkabinett, das gleichfalls nur mit Hilfe des Diktatur=Artikels regieren könnte. Die Folgen für das Volk wären die gleichen, wie sie oben aufgezählt worden sind.

3. Auftrag an den deutschnationalen Parteiführer Hugenberg zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluss der Nationalsozialisten. Diese Regierung wäre nur eine verschleierte Hitler=Regierung. Da auch die Rechtsparteien keine parlamentarische Mehrheit haben, könnte sich eine solche Regierung nur halten, wenn sie vom Zentrum toleriert wird. Die Nationalsozialisten wollen aber gar nicht parlamentarisch regieren. Sie wollen sich aller Machtmittel des Reichs bemächtigen, vor allem die Reichswehr und die Polizei unter ihr Kommando stellen und die massgebenden Beamtenstellungen mit ihren Anhängern besetzen.

Eine verschleierte oder unverschleierte Hitler=Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstags und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel.

Die Folge einer Hugenberg=Hitler=Regierung wäre nicht etwa eine Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie und auch nicht die Zerschlagung der Nationalsozialistischen Partei. Eine Hitler=Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterschaft, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse=, Versammlungs= und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkriegs im Innern und des Revanchekriegs nach aussen. Damit wäre auch der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands und das Ende einer selbständigen deutschen Nation verbunden, mit all seinen furchtbaren Folgen für das arbeitende Volk.

Die Wirkung auf Preussen.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion im gegenwärtigen Augenblick den Nationalsozialisten und den Kommunisten geholfen hätte, das Kabinett Brüning zu beseitigen, und somit an seine Stelle eine reaktionäre Beamten= oder eine Hitler=Regierung zu setzen, so hätte das den sofortigen Zusammenbruch der Preussen=koalition nach sich gezogen. In Preussen, dem grössten der deutschen Länder, sind die Aemter des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Kultusministers mit Sozialdemokraten besetzt. Schon wiederholt konnte der Ansturm der Reaktion auf die republikanisch=demokratische Verfassung des Reichs nur durch die feste Haltung der Regierung in Preussen abgewiesen werden. Das wissen die Nationalsozialisten recht gut und deshalb fordern sie nicht nur ihren Anteil an der Regierung im Reich, sondern zugleich auch die Zerschlagung der jetzigen Regierung in Preussen. Im Reich verlangen sie das Reichswehrministerium, in Preussen das Innenministerium und dazu das Polizeipräsidium in Berlin, der Hauptstadt des Reichs. Mit anderen Worten, sie wollen sämtliche militärischen und polizeilichen Kräfte in ihre Hand bekommen, um an die Stelle der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes eine brutale Gewaltherrschaft von oben zu setzen. Preussen soll wieder, wie vor dem Kriege, der Hort der Reaktion für das ganze Reich sein.

Der Kampf gegen die Notverordnungen.

Die von der Regierung Brüning nach der Auflösung des Reichstags erlassenen Notverordnungen enthalten nicht nur einige sozialpolitische Verschlechterungen, wie die Einführung einer Krankenschein= und Rezept=Gebühr, einen Abbau der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung und die Einengung der Rentenversorgung; es befinden sich darin auch die Steuerzuschläge auf Einkommen über 8000 Mark und ausserdem der gesamte Haushalt für das laufende Rechnungsjahr.

Die vorbehaltlose und sofortige Aufhebung der Notverordnungen würde also einen Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft zur Folge haben. Darüber hinaus müsste sie auch zu einer erheblichen Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung führen, denn durch die Notverordnung sind die Beitragserhöhungen in Kraft getreten, ohne die die jetzigen Unterstützungssätze nicht aufrecht zu erhalten sind.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion handelt also im Interesse der Arbeiterklasse, wenn sie die sofortige Aufhebung der Notverordnungen ablehnte und der Ueberweisung an einen Ausschuss zustimmte. In diesem wird sie den Kampf um die Beseitigung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen der Notverordnungen führen, sie wird weiter dafür kämpfen, dass die Leistungen der Arbeitslosenversicherung ohne Mehrbelastung der Arbeiterklasse gesichert sind.

Auch die Kommunisten haben grundsätzlich nicht die Aufhebung der gesamten Notverordnungen verlangt, sondern nur einzelner Teile davon. In ihrem Antrag an den Reichstag sprechen sie mit keinem Wort von dem Reichshaushalt, sie geben also zu, dass eine geordnete Finanzwirtschaft gesichert werden muss und das bedeutet nichts anderes, als dass auch sie mit der Beratung der Notverordnungen in den Ausschüssen einverstanden sind und der Ueberleitung ihres Inhalts in gesetzliche Formen zustimmen. Damit wird die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion auch von dieser Seite her trotz allem Geschreis sachlich gerechtfertigt.

Die Misstrauensanträge.

Die Sozialdemokratie hat den Wahlkampf mit der Front gegen das Kabinett Brüning geführt. Sie steht auch jetzt in entschiedenster Gegnerschaft gegen diese Regierung. Trotzdem hat sie keinen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Brüning eingebracht, sie hat auch die von Nationalsozialisten, Kommunisten und anderen Parteigruppen eingebrachten Misstrauensanträge abgelehnt. Diese Ablehnung bedeutet aber nicht, dass die Sozialdemokratie Vertrauen zu der jetzigen Regierung habe. Diese taktische Stellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion besagt nicht anderes, als dass sie selbst den Zeitpunkt bestimmen wird, an dem sie zum Angriff gegen das Kabinett Brüning vorgeht. Eine solche Taktik ist in Ländern mit gefestigter parlamentarisch-demokratischer Verfassung eine Selbstverständlichkeit. So steht in England der Minderheitsregierung der Arbeiterpartei eine Mehrheit der konservativen und liberalen Partei gegenüber. Diese Mehrheit hätte schon unzählige Male das Arbeiterkabinett Macdonald stürzen können. Wenn sie das bisher nicht getan hat, so liess sie sich dabei von der Erwägung leiten, dass es weder für die Konservative noch für die Liberale Partei und auch nicht für eine konservativ-liberale Mehrheit geraten sei, den Sturz des Arbeiterkabinetts herbeizuführen und selbst die Regierung zu übernehmen. Die sozialdemokratische Fraktion ist jeden Tag in der Lage, mit Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen die Regierung zu stürzen, sie kann aber unmöglich mit solchen Bundesgenossen gemeinsam eine neue Regierung bilden. Deshalb und weil die Sozialdemokratie von dem Gefühl der Verantwortung für die arbeitende Klasse durchdrungen ist, lehnte sie jetzt die Zustimmung zu den Misstrauensanträgen anderer Parteien ab. Und zwar solcher Parteien, die, wie die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, offen arbeiterfeindlich sind, oder, wie die Kommunisten, durch ihre Taktik zur Schwächung der Arbeiterklasse und zur Stärkung des Faschismus beitragen.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind das Bollwerk gegen die Herrschaft des Faschismus in Deutschland. Die gesamte Arbeiterklasse muss den parlamentarischen Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für die Verbesserung der Wirtschaftslage, für die Ordnung der öffentlichen Finanzen, für die Erhaltung der Sozialgesetzgebung und für die Sicherung der politischen Freiheiten des Volkes mit allen verfügbaren Kräften unterstützen.

Aus aller Welt

Wilhelm, der Kommilitone.

Er ist des Holzhackens müde und macht eine Universität auf - Die alten Germanen und Herr Jeremias - Die Wissenschaft im Braunhemd - Wofür Geld da is

SPD. Wilhelm Rex in Doorn, der allerhöchste gekrönte Holzhacker, langweilt sich anscheinend entsetzlich. Die Huldigungstelegramme seiner altbewährten Kriegervereine und die Sendboten des unentwegten "Bundes der Aufrechten", die ihn von Zeit zu Zeit heimsuchen, geben ihm zwar die Möglichkeit, schmetternde Ansprachen an sein allerdings unheimlich zusammengeschmolzenes Volk zu halten, aber das genügt nicht den Bedürfnissen des munteren Greises, der seiner alten Gewohnheit, mit dem Mundwerk wie ein Donnergott durchs Gelände zu fahren, auch weiterhin treubleibt.

Da Minchen und ihr Gatte über genügend Geld verfügen - man hat sie ja mit wirklicher Grosszügigkeit abgefunden - sind sie auf eine geradezu schrullige Idee gekommen. Beim Barte des Propheten Wotan und bei der orientalischen Physiognomie des kleinen Doktor Goebbels -, was jetzt folgt, ist keine Erfindung jüdischer Arglist, die ausgezogen ist, um den letzten Wilhelm zu diskreditieren, sondern eigenes Produkt der Doornschen Hausküche -: Wilhelm II. hat eine Universität aufgezogen.

Es ist unheimlich, aber wahr. In regelmässigen Abständen hört Wilhelm, der Lernbeflissene, Vorlesungen. Für sämtliche Spesen jener würdigen Herren mit zahlreichen Ehrentiteln vor dem hochgebildeten Namen kommt er ganz allein auf. So fuhren erst vor wenigen Tagen etwa vier bis fünf durchaus erwachsene Männer mit grossem Gepäck vor dem Hause Doorn vor, um bei Wilhelm ihre magisterliche Begabung zu versuchen und ihn ein wenig weise zu machen. Wir finden, die Herren kommen etwas zu spät.

Die Professoren, die bisher dem merkwürdigen Rufe nach Doorn Folge leisteten, schweigen über die Eindrücke, die sie dort gewannen. Aber Leute, die trotzdem glauben, gut informiert zu sein, behaupten, genau zu wissen, wie der frühere Kaiser sich seine Privatuniversität eingerichtet haben soll. Fünf Reihen Bänke seien aufgestellt, ein Podium wäre errichtet, Landkarten würden an den Wänden hängen, ein Globus soll den Tisch zieren. Nur eins, behaupten die Gewährsleute, stünde nicht fest: ob Wilhelm in grosser oder in kleiner Uniform, im Braunhemd oder im Schlafrock zu den Vorlesungen erscheine.

Zuletzt lief der Doorner Privatuniversität eine Vortragsreihe unter dem ehrfurchtgebietenden Titel: "Die Entstehung der europäischen Kultur aus der steinzeitlichen Westasiens." Professor Vollgraf, eine Kapazität auf ihrem Gebiete, erläutert dem ehemaligen Kaiser die Kultursymptome in der kretisch-mykenischen Zeitepoche. Ein Gelehrter, der leider auf den verdächtigen Namen Jeremias hört - es handelt sich allerdings hier nicht um den bei den Hakenkreuzlern so unbeliebten alttestamentarischen Propheten - soll dem Kaiser in einem Fünfstunden-Zyklus Auskunft über die kulturelle Struktur Westasiens geben und ein Professor aus Frankfurt am Main hat sich mit Behagen und unter dem stürmischen Beifall Wilhelms über die alten Germanen und ihre diesbezüglichen Gefühle auf dem Lotterfell und beim Mettrinken hergemacht.

Und so verbringt Wilhelm seine kurzen Tage! Wenn irgend einer seiner früheren Freunde ihn um finanzielle Unterstützung ersucht, ist kein Geld da. Wenn irgend ein anderer treuer Vasall des Exmonarchen, der in Not geraten ist, Hilfe von ihm, dem noch immer reichsten Deutschen, erbittet, ist kein Geld da. Wenn irgend ein gemeinnütziges Institut ihn, den früheren "Schirmherrn", um klingende Hilfe ersucht, dann ist auch kein Geld da. Immer heisst es: die Republik hat mir ja alles genommen. Aber für solch einen pseudowissenschaftlichen Firlefanz, wie er sich jetzt in Doorn tut - - dafür hat er Geld! Und ist die Sache, die sich Wilhelm inszeniert, auch Wahnsinn, so hat sie doch Methode. Jene Methode des Wahnsinns nämlich: sich eine Macht und eine Wichtigkeit vorzuspielen, die gar nicht vorhanden ist.

+ + +

"Die Rechnung der Vaterlands."

- sie ist Euch gewiss - Helden, von denen man nicht spricht - Der Tod, ein kostspieliges Vergnügen - Selbst eine Leiche ist noch steuerpflichtig - Ueber R 101 übersah man 203...

SPD. Seit mehr als einer Woche sind die unglücklichen Opfer der Katastrophe des Luftschiffes "R 101" begraben. Ueber der würdigen und sicher auch berechtigten Repräsentation bei der Ueberführung der Leichen nach England übersah das offizielle Frankreich fast völlig das Schicksal seiner 203 Landeskinder, die es bei derselben Sturmkatastrophe verlor.

Während die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die 50 Opfer von Beauvais gelenkt war, während alle offiziellen Vertreter ihr Beileid beteuerten, hielt der Tod an einer anderen Stelle Frankreichs noch einträglicheren Beutezug: 203 Menschen, meist Familienväter, opferten ihr Leben in der Erfüllung ihrer Alltagspflicht. 203 arme Fischer der Bretagne ertranken im Meer, weil der gleiche Sturm, der das Luftschiff "R 101" vernichtete, auch sie überraschte. Die Verlustliste der werktätigen Bevölkerung verzeichnet in ihren Statistiken: In Concarneau, dem Hauptort des betronischen Küstenfischereibetriebes: 48 Tote! - In dem Fischerdorfe Croix: 36 Tote! - In dem Fischerdorfe Etel: 70 Tote! - In Douarnenez, dem Hafen der Sardinenfischer: 13 Tote! - In dem Fischerdorfe Port-Louis: 36 Tote! - Eine Vergleichsziffer: das kleine Dorf Etel verlor durch den letzten Sturm mehr Bewohner, als während des ganzen Krieges!

Was tut die Tardieu-Regierung für die Hinterbliebenen dieser 203 Opfer? Nichts, wahrscheinlich nichts. Es sei auf folgenden Fall hingewiesen: Im letzten Vierteljahr verunglückten in Frankreich etwa 50 Soldaten bei Flugzeugkatastrophen tödlich. Die Opfer stammten zur Hälfte aus Arbeiterfamilien. So auch der Mechaniker Turgis, der einer der vier Militärflieger war, die am 26. August mit einem schadhaften Apparat bei Chartres abstürzten und verbrannten. Vierzehn Tage nach dem Unglück erhielt der alte invalide Vater des Mechanikers den Besuch eines Gerichtsvollziehers. Er legte dar, dass nach den französischen Gesetzen alle Rechte und Pflichten des verstorbenen Sohnes auf den Vater übergingen. Der Verunglückte sei mit einem Steuerbetrage von 249,62 Francs (etwa 40 Mark) noch im Rückstand und der "Erbe" müsse eben für diese Summe haften. Trotz des Protestes klebte der Gerichtsvollzieher seine Marken an. Damit noch nicht genug, erhielt vor einigen Tagen der alte Turgis noch eine "Rechnung" für die "Unkosten", die der Staat durch den Dienstunfall des Mechanikers Turgis gehabt habe. Diese Rechnung, die jetzt von französischen Zeitungen veröffentlicht wurde, lautet wörtlich (die Geldbeträge sind in abgerundete deutsche Währung übertragen): "Beerdigungskosten für Herrn Bernard Turgis: dritte

Klasse - - 29 Mark/ Ausschmückung - - 17 Mark/ Leichenwagen - - 13 Mark/ Leichenträger - - 6 Mark/ Besorgungen - - 5 Mark/ Kondolenzbriefe - - 35 Mark!/ Kirche und feierliche Beleuchtung - - 110 Mark/ Totengräber - - 5 Mark/ Unkosten in Chartres (Sammeln der Leiche und Transport) - - 80 Mark / Trinkgelder - - 8 Mark/ Zusammen 308 Mark". Diese 308 Mark haben die Hinterbliebenen nach einer behördlichen Entscheidung selbst zu zahlen, weil die Formalitäten des Masses des üblichen übersteigen". Lediglich den Sarg und den Beerdigungsplatz stellte der Staat in grosszügigster Weise zur Verfügung.

Bei den 203 betronischen Fischern sparte die Regierung auch noch diese Unkosten. Die Opfer des Sturmes brauchen keine Särge, sie liegen auf dem Meeresgrund...

Es geht in Frankreich nicht weniger bürokratisch zu als anderswo. Wegen armer Fischer, wegen armer Soldaten greift der Fiskus nicht tief in die Tasche. Er braucht sein Geld für neue Bombenflugzeuge, für neue Kriegsschiffe, ferner zu repräsentativem Pomp. Die Helden des Alltags vergisst man schnell. Für sie ist das Sterben noch Luxus. Man beerdigt sie in der dritten Klasse. Und man ist noch zufriedener mit ihnen, wenn sie sogar ohne Sarg auszukommen vermögen.

+ + +

Todessprung vom Triumphbogen. Ein französischer Geschäftsreisender namens Paul Levy beging Selbstmord, indem er sich von der obersten Plattform des Pariser Triumphbogens auf die Strasse stürzte. Er war auf der Stelle tot.

+ + +

Chinesenmord in New York. Ein gutgekleideter junger Chinese wurde nachts in einem New Yorker Vorort ermordet aufgefunden. 16 Messer steckten ihm im Leib, ausserdem war ihm der Schädel mit einem scharfen Gegenstand gespalten worden. Die Polizei vermutet einen Racheakt.

+ + +

Das 21. Kind. In Le Mans (Frankreich) wurde dem Ehepaar Rossé das 21. Kind geboren. Sechzehn der Kinder befinden sich noch am Leben.

+ + +

Ein 15-jähriger Mörder. In Baltimore (USA) legte der 15-jährige Richard Thompson das Geständnis ab, dass er den Präsidenten der United Extract Company mit einem Schraubenschlüssel erschlagen habe. Thompson hatte einen 500 Dollarscheck auf den Namen des Präsidenten gefälscht und darauf den Mord begangen, um sein Vergehen zu vertuschen.

+ + +

Zunahme des Holland-Schmuggels. Die Schmuggellei an der niederländisch-deutschen Grenze in Süd-Limburg hat in letzter Zeit sehr grossen Umfang angenommen. Zahlreiche kleinere Berufsschmuggler bringen täglich etwa je 1000 Zigaretten und fünf Pfund Kaffee aus Niederland nach Deutschland, wo bereits feste Kundschaft ihrer wartet. Zwischen diesen sogenannten Kleinschmugglern herrscht ziemlich starke Konkurrenz. Daneben arbeiten Gross-Schmuggler mit Autos, die mit doppelten Böden und kugelfesten Reifen versehen sind und deren Lenker auch vor einer Fahrt über Ackerland nicht zurückschrecken. Die Zollbeamten machen eifrig Jagd nach diesen Autos, können aber im allgemeinen nicht sehr viel ausrichten.

+ + +

Dresden wird wieder angefliegen. Die von der sächsischen Regierung mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen haben zur Aufhebung der seit dem Absturz des Flugzeuges "D 1930" über den Dresdener Flughafen verhängten Sperre geführt. Dresden wird nunmehr wieder im regelmässigen Streckenverkehr angefliegen; nur einige neue Flugzeugmuster dürfen in Dresden bis auf weiteres noch nicht landen. Die für den Flughafen geforderten baulichen Verbesserungen werden mit Beschleunigung in Angriff genommen werden.

+ + +

Elektrotod beim Schulausflug. In Hagen (Westfalen) ereignete sich am Montag beim Aufzug einer Volksmädchenschulklasse nach dem Hengsteisee, dem künstlichen Stausee für Deutschlands grösstes Kraftwerk der rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke, ein schweres Unglück. Als die Klasse sich auf dem Wege nach dem Insel-Gasthaus befand, rissen aus noch nicht geklärter Ursache mehrere Drähte der am Wege entlang führenden Hochspannungsleitung und fielen in die Kinderschar. Die Lehrerin, ein 37 Jahre altes Fräulein Eversberg und ein 8 jähriges Mädchen wurden auf der Stelle getötet, zwei Kinder schwer und mehrere leicht brandverletzt.

+ + +

Gefasste Mörder? Die Aachener Kriminalpolizei verhaftete in Gürzenich bei Düren den Schiffer Lambert Mahren, der dringend verdächtig erscheint, am 26. Juni 1927 die 40 jährige Gastwirtin Adele Franken in Gürzenich, die am Nachmittag desselben Tages in einen Sack eingenäht leblos in der Waschküche ihrer Wohnung aufgefunden worden ist, ermordet zu haben. Ferner liess die Staatsanwaltschaft in Alfter bei Bonn einen Mann festnehmen, der im Verdachte steht, ein 12 jähriges Mädchen namens Gertrud Schäfer aus Waldorf vor einigen Wochen ermordet zu haben. Die Leiche des bedauernswerten Kindes wurde vor einigen Tagen von Würmern und Maden zerfressen und fast bis auf das Skelett verwest, im Walde gefunden.

+ + +

Lippenstift und Wirtschaftskrise. Wie auf dem in New York tagenden Verschönerungskongress mitgeteilt wurde, geben die Frauen Amerikas im Jahre durchschnittlich 750 Millionen Dollar für ihre Schönheitspflege und Kosmetika aus. Sämtliche Redner empfahlen wirksame Propaganda und eine Steigerung der Verschönerungsausgaben, da "auf diese Weise der amerikanischen Wirtschaftskrise abgeholfen werden könne."

+ + +

In Hypnose verschleppt? Vor wenigen Tagen übernachtete in einem Hotel, in Lauban in Schlesien ein junges Mädchen, das sich als 21 jährige Studentin ausgab. Die junge Dame ging am nächsten Morgen in die Stadt, um einige Besorgungen zu machen, kehrte aber nicht mehr in das Hotel zurück. Am nächsten Tage rief ein Architekt Auerbach aus Berlin-Charlottenburg an: er fragte nach, ob seine seit acht Tagen spurlos verschwundene Tochter Eva, die ihm aus dem Laubaner Hotel eine Karte geschrieben habe, noch im Hotel sei. Da es sich nach der Personalbeschreibung bei Fräulein Auerbach offenbar um dieselbe junge Dame handelte, die als angebliche Studentin 24 Stunden vorher in Lauban übernachtet hatte, musste die Frage verneint werden. Es wurde festgestellt, dass das Mädchen, das kein Geld mehr hatte, auf dem Bahnhof in Lauban vergeblich versuchte, eine Fahrkarte nach Berlin auf Kredit zu erhalten. Man hatte Eva Auerbach diese Fahrkarte bestimmungsgemäss nicht verabfolgt, sondern sie ans Wohlfahrtsamt verwiesen. Dort ist Fräulein Auerbach nicht erschienen, sprach später aber wieder am Fahrkartenschalter vor, um für 6 Mark eine Fahrkarte nach Dresden zu lösen. Die Reise nach Dresden wurde auch angetreten, weiter fehlt aber jede Spur. Besonders merkwürdig berührt nun der Wortlaut der Karte, die der Architekt Auerbach von seiner Tochter erhalten hat: "Liebe Mutti, lieber Vater, ich bin am Lietzensee gewesen, und dort bin ich einem Herrn begegnet, der hat mich so komisch angesehen, und von der Zeit wusste ich garnicht mehr, was mit mir los war. Ich bin dann plötzlich in Lauban gewesen, aber ich weiss eigentlich garnicht, wo das liegt. Die Reise nach Hause kostet zehn Mark, bitte schickt mir doch die. Ich habe Hunger und friere; denn meine Jacke und mein Rock sind weg. Schickt mir doch das Geld zur Reise. Man hat mir gesagt, ich soll mich an die Bahnhofsmission wenden, aber hier gibt es keine. Ihr werdet denken, das ist alles Schwindel, aber es ist wahr, und ich habe solches Heimweh. Eva."

Die Kriminalpolizei nimmt an, dass das in Wirklichkeit 13 jährige junge Mädchen, das körperlich und geistig wie eine 18jährige entwickelt war, unter

hypnotischem Einfluss verschleppt worden ist. Man bemüht sich fieberhaft um Aufklärung.

+ + +

Rechtsanwalt Ahrens freigesprochen. Vom Schöffengericht Berlin-Charlottenburg wurde Rechtsanwalt Ahrens, der gemeinschaftlich mit dem Techniker Fritz Glass und der Geschäftsführerin Frau Camilla Voeste Teilnehmer an einer misslungenen Automobilschiebung war unter Zubilligung des § 51 freigesprochen. Es war nach einem Ausdruck des Verhandlungsvorsitzenden eine rechte "Feld-, Wald- und Wiesenschiebung", die dem Angeklagten vorgeworfen wurde. Es wäre in der Tat nicht zu erklären, wie der bis zur Begehung der Tat angesehene Rechtsanwalt auf so banale Weise kriminell schuldig werden konnte, wenn man nicht von seinem abenteuerlichen Leben, das, wo viele Schicksale durch das Wort "Kokain" flammend und warnend gekennzeichnet ist, wüsste. Ahrens ist jetzt 41 Jahre alt; nach dem Krieg trat er als Oberleutnant in die türkische Armee ein, wurde von der Cholera befallen, kam dann nach Deutschland zurück, bestand das Assessorenexamen, wurde Rechtsanwalt und -ging an zu spielen. Der Verkehr im Spielklub hatte gute Folgen, da er Ahrens zahlreiche Mandanten zuführte, aber auch negative, denn Ahrens wurde in Spielerkreisen zum Kokaingenuss verleitet. Bald war der Anwalt völlig im Vanne des Bauschgifts und bald fielen auch die üblen Wirkungen des Nervenzerfalls, über ihn her: Praxiszerfall, Vermögenszerfall folgte. Entziehungskuren in Sanatorien blieben erfolglos. Ahrens brauchte Geld, und so kam er auf den Gedanken, ein Auto, das er nur angezahlt hatte, weiter zu verschieben und den Erlös zur Flucht ins Ausland zu benutzen - zur Flucht vor sich selbst, zur Flucht vor dem kokainverführerischen Milieu. Tatsächlich ist die Autoschiebung garnicht gelungen. Der Verkäufer, der rechtzeitig gewarnt worden war, behielt ausser seinem Wagen auch noch eine Anzahlung von 1.700 Mark. Ahrens wurde zur polizeilichen Vernehmung geladen, bald wurde auch die Anklage erhoben. Als Ahrens merkte, dass er auf seinen Geisteszustand untersucht wurde, floh er schleunigst nach der Türkei - die Mittel hierzu hatte er sich auf legale Weise verschafft. In der Türkei und zwar in Konstantinopel, versuchte Ahrens zuerst, sich als Rechtsanwalt niederzulassen, was jedoch an formellen Schwierigkeiten scheiterte. Dann wurde er nacheinander Gastwirt, Chefportier, Klavierlehrer, Hoteldirektor und Redakteur der "Türkischen Post", einer in deutscher Sprache in Konstantinopel erscheinenden türkischen Zeitung. Als das Vorleben von Ahrens bekannt wurde, musste er auch den Redaktionsposten, der mit monatlich 120.-M dotiert war, aufgeben. Er liess sich nun als Koch auf einer Privatjacht anwerben und kam auf diese Weise nach Athen und Venedig. Von der Kokainkrankheit mittlerweile vollkommen gesundet, empfand Ahrens solche Sehnsucht nach Deutschland, dass er heimreiste. In Berlin kam es naturgemäss bald zu der noch ausstehenden Gerichtsverhandlung. Der Angeklagte und die Mitangeklagten wurden freigesprochen, da er sich dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen zufolge in der kritischen Zeit stets im höchsten Kokainrausch befunden habe, sodass ohne weiteres der Tatbestand des § 51 zutrifft. Nachdem der Staatsanwalt Freisprechung beantragt hatte, verzichteten die drei Verteidiger auf ihre Plädoyers. Die Urteilsberatung dauerte nur zwei Minuten.

+ + +

Blutige Hochzeit. In Herzogenrath bei Aachen artete eine Hochzeitsfeier in eine blutige Schlägerei aus. Ein nicht zur Hochzeit geladener Bruder des Bräutigams zertrümmerte sämtliche Fensterscheiben des Festhauses, schlug auf den jungen Ehemann mit einem Hammer ein und verletzte ihn durch einen Streifschuss. Auch ein anderes Mitglied der Hochzeitsgesellschaft wurde durch einen Schuss verletzt.

Christliche Gewerkschaftliche Rundschau ✠

Der Berliner Metallkonflikt.

Ein erledigter Schiedsspruch.- Christliche Gespensterseherei.

SPD. Die Nachverhandlungen zum Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie sind im Augenblick vom Reichsarbeitsminister noch nicht anberaunt; sie werden jedoch in den allernächsten Tagen stattfinden. Bei diesen Verhandlungen wird man sich kaum mehr mit dem alten Schiedsspruch beschäftigen, sondern eine Einigung auf neuer Basis versuchen. Ob dieser Versuch glückt, ist sehr zweifelhaft, und in der bürgerlichen Presse rechnet man daher bereits damit, dass der Arbeitsminister einen neuen Schiedsspruch, der eine Verlängerung des bisherigen Tarifs vorsieht, fällen und für verbindlich erklären wird. Der alte Schiedsspruch ist erledigt. Seine Verbindlichkeitserklärung, die die Arbeitgeber beantragt haben, kommt nicht mehr in Frage, nachdem sich eine Mehrheit des Reichstags gegen eine Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen hat.

Dieser Beschluss des Reichstags wird vom Reichsarbeitsminister und seinen politischen Freunden als Fehler betrachtet. Die Zustimmung der Mehrheit des Reichstags zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, wodurch der Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden soll, wird, nachdem im Reichstag bereits der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen ihn gesprochen hat, nunmehr in der Presse der christlichen Gewerkschaften geradezu als "Anschlag auf das Schlichtungswesen" hingestellt. So sagt der "Deutsche", die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, dass im Bereich des Schlichtungswesens nicht die Reichsregierung insgesamt zu bestimmen habe, sondern der Reichsarbeitsminister als oberste Instanz. Er sei allein zuständig für die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen. Bei dem sozialdemokratischen Antrag handle es sich um eine Entschliessung, die mit den gesetzlichen Bestimmungen insofern auf dem Kriegsfuss stehe, als die Reichsregierung in der Angelegenheit garnicht zuständig sei. Noch bedenklicher läge der Fall, wenn der sozialdemokratische Antrag die dauernde Einschaltung des Gesamtkabinetts beider Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zum Ziel habe. Das Schlichtungswesen müsste dann unter dem Interessenhader leiden, der ja auch in das Reichskabinett seine Welen werfe. Das Schlimmste an dem sozialdemokratischen Antrag liege jedoch darin, dass er die Schlichter ihrer Unabhängigkeit berauben und an Weisungen binden wolle. Ein solches Wollen sei mit dem geistigen Inhalt eines Rechtsstaates unvereinbar. Denn unverkennbar sei der Sinn des Gesetzes, die Schlichter so zu stellen, wie die richterlichen Beamten. Diese aber seien in ihren Entscheidungen nur dem Gesetz und ihrem Gewissen verpflichtet. Wehe dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft, wenn rechtliche Entscheidungen von zeitbedingten politischen Erwägungen und von den jeweiligen Machtverhältnissen im Reichstag abhängig sein. Der Zersetzungsprozess in der Rechtsverfassung sei leider schon mehr als erträglich vorgeschritten durch die Proklamierung des grundsätzlich falschen Standpunktes, dass das Recht allein durch die politische und materielle Macht geschaffen werde. Demgegenüber müsse daran festgehalten werden, dass letztlich denn doch die sittliche Idee der stärkste Machtfaktor der Rechtsgestaltung sei. Der sozialdemokratische Antrag greife die Unabhängigkeit der zu rechtlichen Entscheidungen berufenen Stellen an; denn auch der Arbeitsminister dürfe an Weisungen von "anderen Stellen" in seiner Schlichtertätigkeit nicht gebunden sein.

Der Reichstag darf also nach Auffassung des "Deutschen" nicht seine Meinung über einen Schiedsspruch äussern. Er darf nicht sagen, dass ihm ein Schiedsspruch als verderblich erscheint und er darf nicht den Wunsch äussern, dass ein solcher Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt wird, denn das wäre - nach der Auffassung des "Deutschen", gleichbedeutend mit einer Vergewaltigung des obersten Schlichters. Diese Darstellung enthält nach unserem Dafürhalten völlig abwegige Deutungen, Vergleiche und Konstruktionen. Die Verbindlichkeitserklärung ist ein politischer Akt. Die Schlichter sind keine Richter, sondern staatliche Organe. Das Schlichtungswesen ist eine politische Einrichtung. Zu dieser Auffassung haben sich von jeher die freien Gewerkschaften bekannt, und deshalb kann selbstverständlich der Reichstag, wenn es sich um einen wichtigen Arbeitskonflikt handelt, seine Stimme erheben und seinen Einfluss geltend machen. Immer wieder haben die freien Gewerkschaften betont, dass das Schlichtungswesen als Ausfluss des Artikels 165 der Reichsverfassung eine staat politische Aufgabe ist. Es ist daher völlig absurd, zu behaupten, der sozialdemokratische Antrag rüttle an den Grundfesten staatlicher und rechtlicher Ordnung. Das Gegenteil ist richtig.

Der Reichsarbeitsminister und seine politischen Freunde brauchen sich wegen der Stellungnahme des Reichstags gegen den Metallschiedsspruch nicht von Weltuntergangsphantasien und -ängsten quälen zu lassen. Nicht das Schlichtungswesen ist bedroht, wohl aber die Ruhe und Ordnung im Staat. Nicht der Beschluss des Reichstags gegen die Verbindlichkeitserklärung, sondern der unmögliche Schiedsspruch war ein Stoss gegen die Grundfesten staatlicher Ordnung; denn muss nicht Verzweiflung die Arbeiterschaft packen, wenn sie, wie selbst vom bürgerlichen Organ gerügt worden ist, mit Preisabbauversprechungen fortwährend genarrt und zugleich vor Eintritt des Winters mit rigorosem Lohnabbau beglückt werden soll?

SPD. Die Haltung der Grubenherren des Ruhrgebiets, die am Montag bei den Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit die Forderung der Gewerkschaften auf Wiedereinführung der 7-Stunden-Schicht völlig ablehnten, kündigen einen scharfen Arbeitskonflikt für den Ruhrbergbau an; denn die katastrophale Arbeitslosigkeit, von der über 76 000 Bergleute betroffen sind, zwingt gebieterisch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Die Unternehmer erklären, eine Verkürzung um eine Stunde müsse eine untragbare Steigerung der Selbstkosten mit sich bringen. Dabei lassen sie auch diesmal wieder völlig die Frage aus dem Spiel, in welchem Umfange die Selbstkosten der Werke infolge der anhaltenden Leistungssteigerung der Belegschaften zurückgegangen sind. Soeben hat erst auf der Technischen Tagung des Ruhrbergbaus Bergwerksdirektor Koelen erklärt, dass infolge der neuen Werkstechnik die durchschnittliche Tagesleistung von 3000 auf 10 000 Tonnen, also um mehr als das Dreifache erhöht werden konnte. Er fügte hinzu, dass in den letzten 5 Jahren an der Ruhr die Leistung pro Mann und Arbeitsstunde um mehr als 50% gestiegen sei. Selbstverständlich hütete sich Herr Koelen, in diesem Zusammenhang die Frage der Kostenersparnis anzuschneiden.

Trotz des Versteckspiels, das die Unternehmer in ihren Geschäftsberichten und Gewinnabschlüssen treiben, lassen sich immerhin aus den Abschlüssen der letzten Jahre wertvolle Anhaltspunkte für die Entwicklung der Leistungen und der Selbstkosten im Bergbau gewinnen. So weist das mächtigste deutsche Montanunternehmen, die Vereinigte Stahlwerke A.G. in Düsseldorf im Geschäftsjahr 1927/28 bei einem Umsatz von 1437 Millionen Lohnkosten in Höhe von 515 Millionen aus. Der Anteil der Lohnkosten am Umsatz stellte sich also auf 35,8%. Im Geschäftsjahr 1928/29 gingen die Lohnkosten bei einer Steigerung des Umsatzes auf 1445 Millionen Mark bis 501 Millionen zurück, so dass also der Anteil der Lohnkosten am Umsatz auf 43,6%, also um 3,3% verringerte. Für das am 30. Sep=

tember abgeschlossene letzte Betriebsjahr liegen Bilanzzahlen noch nit vor. Dagegen sind die Produktions- und Umsatzzahlen bereits veröffentlicht. Danach sind Kohlenförderungen im Berichtsjahr um 5,5% und Koksproduktion trotz der schweren Krise nur um 3% gesunken, während in den Stahlbetrieben die Rückgänge erheblich grösser waren. In keinem Verhältnis zu dem Produktionsrückgang steht jedoch der Abbau der Belegschaften. Seit Ende September 1929 ist die Belegschaft bei dem Stahltrust von 176 716 auf 134 708 Mann gesunken. Es wurden also bei diesem einen Unternehmen in den letzten 12 Monaten 42 000 Mann abgebaut. Die Hauptlast dieses Abbaus hatten die Bergleute zu tragen, deren Zahl von 87 085 auf 65 244 also um 25% zurückging. Da demgegenüber Förderung und Koksproduktion sich nur um wenige Prozent verringerten, ist auch im letzten Krisenjahr beim Stahltrust eine weitere Leistungssteigerung der Bergarbeiter um 15 bis 18% und damit auch eine weitere Senkung der Selbstkosten eingetreten.

Aehnlich liegen die Dinge bei den Mannesmannwerken-Düsseldorf, und ein geradezu klassisches Beispiel für die Senkung des Lohnkostenanteils liefert der letzte Geschäftsbericht des Rhein-Stahlkonzerns, worauf wir noch zurückkommen.

SPD. In der Damenhutindustrie ist eine Vereinbarung getroffen worden, wonach die bisherigen Löhne - in der Spitze 107 Pfennige - bis auf unbestimmte Zeit bei einer Kündigungsfrist von 2 Monaten weiter gelten. Von der Vereinbarung werden rund 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen erfasst.

SPD. In der Oelfabrik Brinkmann & Mergell in Harburg-Wilhelmsburg ist am Montag auf Grund der Verhandlungen zwischen der Firma und den freigewerkschaftlichen Fabrikarbeiterverband die 6-Stunden-Schicht eingeführt worden. 300 neue Arbeiter wurden eingestellt. Auch die Firma Noble & Thörl ist bereit, die 6-Stunden-Schicht durchzuführen, wodurch zunächst 50 Arbeiter eingestellt werden. Bei der Firma Thörl - Vereinigte Oelfabriken werden 500 bis 600 Arbeitslose durch die Einführung der 6-Stunden-Schicht Beschäftigung erhalten. Bei der Einstellung werden vor allem Wohlfahrtsempfänger und Ausgesteierte berücksichtigt.

Endlich mal ein Anfang!

SPD. In Schweden haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Krüger'schen Sägewerks- und Zellstoffindustrien ein Kartell zur Wahrnehmung ihrer Interessen gebildet. Das Kartell vertritt rund 5000 Arbeiter.

SPD. In Holländisch-Limburg ist bei Eisenbahnbauten in Nuth-Lutterade ein Streik ausgebrochen, an dem 300 frei und katholisch organisierte Arbeiter beteiligt sind. Vor Zuzug aus den benachbarten deutschen Gebieten wird dringend gewarnt.



Rechenfehler im Wohnungsbauprogramm.

SPD. Das Wohnungsbauprogramm der Regierung sieht den Bau von 215 000 Wohnungen vor. Dabei rechnet sie, dass "bis zu 50 000 Wohnungen" aus dem freien Markt, 165 000 Wohnungen dagegen mit Hauszinssteuermitteln finanziert werden. Inwieweit trägt das Programm der Regierung den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung?

In dem Jahr mit der bisher grössten Zahl an Wohnungsfertigstellungen, dem Jahr 1929, wurden nur 68 000 Wohnungen ganz aus dem freien Markt finanziert. Dieses Jahr ist die rein private Bautätigkeit bereits stark rückgängig, und nächstes Jahr dürfte sich der Rückgang fortsetzen; das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man berücksichtigt, dass viele Tausende solcher Wohnungen der notwendig hohen Mieten wegen zum Teil seit einem Jahr keine Mieter finden können. Die Regierung verspricht allerdings, die private Bautätigkeit durch die Aufnahme von Anleihen unterstützen zu wollen. Wie es um die Verwirklichung dieses Versprechens aber steht, ist mehr als fraglich, zumal sie ja durchaus nicht allein vom Willen der Regierung, sondern von der Bereitwilligkeit der Auslandsmärkte, uns Anleihen zu gewähren, abhängt. Die ausländischen Kapitalmärkte befinden sich aber in keiner günstigen Verfassung und selbst wenn es darum besser bestellt wäre, stünde es um die Verwendbarkeit von Auslandsanleihen für Wohnungsbauten immer noch sehr schlecht, da die Zinsbelastung aller Erfahrung nach zu hoch wäre. Die rein private Bautätigkeit hat also von der Regierung nichts zu erwarten: der Baumarkt wird dies zu spüren bekommen. Noch schlechter steht es natürlich um die mit öffentlichen Mitteln unterstützte Bautätigkeit. Im Vorjahr sind vier Fünftel aller Bauten mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse errichtet worden, sodass deren Halbierung den gesamten Wohnungsbau aufs stärkste beeinträchtigen muss. Auf 135 000 Wohnungen ist dieser Ausfall zu beziffern; etwa ebenso viele Wohnungen werden gebaut werden. Die Regierung rechnet allerdings mit 30 000 Wohnungen mehr. Wie sie dazu kommt, bleibt ihr Geheimnis; denn die Verkleinerung des Wohnraums auf die im sogenannten zusätzlichen Wohnungsbauprogramm genannten Masse, die künftig Allgemeingeltung haben sollen, lässt sich zweifellos nicht mehr in einem solchen Umfange durchführen, um eine Vergrösserung der Wohnungszahl um etwa 25 % zu erlauben, dies umso weniger, als ja bei sinkender Wohnungsgrösse der Aufwand für den Kubikmeter umbauten Raumes steigt. Aus dem Wohnungsbaufond sollen überdies auch Zinszuschüsse gegeben werden, so dass der für Hauszinssteuerhypotheken verbleibende Betrag noch unter der Hälfte des derzeitigen gesamten Fonds sinkt. Man wird also nicht damit rechnen dürfen, dass der rein private und öffentlich unterstützte Wohnungsbau zusammen über 165 000 Fertigstellungen hinausgeht.

Sollte die Regierung mit ihrem Programm durchkommen, so würden sich für den Arbeitsmarkt katastrophale Folgen ergeben. Der Ausfall an Wohnbauten bringt am Bauergebnis von 1929 gemessen, einen Lohnausfall von 600 Millionen für die Bauarbeiterschaft und von mehr als einer Milliarde für die gesamte Arbeiterschaft mit sich.

SPD. In den nächsten Tagen wird in Bukarest eine neue Agrarkonferenz eröffnet, die für die Zusammenschweissung der osteuropäischen Agrarstaaten wahrscheinlich von besonderer Bedeutung sein wird. Die Konferenz knüpft an die Warschauer bzw. Genfer Konferenz an, die von Polen, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Lettland, Estland und Ungarn beschickt war. Ueber die Situation schreibt uns unser Bukarester Mitarbeiter u.a.:

"Rumänien wird der Bukarester Tagung die Errichtung einer "Agrarföderation Mittel- und Osteuropas" vorschlagen. Dieser Gedanke lag bereits der Warschauer Konferenz zugrunde. Obgleich hier greifbare Resultate nicht zu erzielen waren, besteht der Erfolg dieser Warschauer Konferenz darin, dass das Problem der Ostagrarstaaten bekannt geworden ist. Diesen Ostagrarstaaten kann im Grunde nur geholfen werden, wenn das System der Meistbegünstigung durch ein System von gegenseitigen Vorzugszöllen für bestimmte Artikel ersetzt wird. Von den beteiligten Staaten werden Abkommen gewünscht, die gegen Lieferung von Getreide Gegenlieferung von Industrieartikeln vorsehen. In Bukarest wird dieser gesamte Fragenkomplex neuerlich zur Verhandlung gelangen und vor allem die Bereitschaft Deutschlands in den Kreis der Erörterungen gezogen werden, das als stärkster mitteleuropäischer Staat und grösster Industrielieferant des Ostens mit den Agrarländern ein Wirtschaftsabkommen zu schliessen bereit ist, bei dem deren Grundsätze in der Meistbegünstigungsfrage Anwendung finden sollen. Allerdings ist diese Annäherung nicht leicht durchzuführen. Denn die Agrarstaaten haben für die deutsche Industrieimport noch keine Vorzugszölle zugestanden und Deutschland ist durch mehrere Verträge mit Meistbegünstigungsklausel bis zum Jahre 1935 gebunden. Die Bukarester Oktoberkonferenz ist so lediglich eine Zwischenkonferenz der Tagungen, die in Zukunft in verhältnismässig kurzen Abständen einberufen werden sollen. Neben dem bereits erwähnten Beratungsstoff umfasst die Tagesordnung als Programmpunkte die Bildung eines Kartells der landwirtschaftlichen Ausfuhrländer, die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Ausfuhr eines jeden Landes und die Regelung der Getreidepreise auf den europäischen Märkten. Ungeklärt ist zur Zeit noch die Frage, wie die Kontingentierung und die Ausfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse der einzelnen Länder überwacht werden soll. In Erwägung steht ein staatliches Getreideausfuhrmonopol oder das System der landwirtschaftlichen Ausfuhrscheine. Es soll ferner in Bukarest festgestellt werden, ob eine Herabsetzung der aussereuropäischen landwirtschaftlichen Einfuhr nach Europa auf das Vorkriegskontingent genügen würde, um die Erzeugnisse der europäischen Landwirtschaftsstaaten vollkommen aufnehmen zu können. In dieser Hinsicht hofft man mit den europäischen Staaten, die landwirtschaftliche Einfuhrländer sind, auf der Grundlage von Vorzugstarifen zu einer Einigung zu gelangen."

SPD. Als letzter Grosskonzern des Ostelbischen Braunkohlenreviers veröffentlicht die Braunkohlen- und Brikettindustrie A.G. (Bubiag) ihren Abschluss für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1929/30. Wie schon die im Frühjahr heraus gekommenen Gewinnabschlüsse der Petschekunternehmungen und des Ilsekonzerns erkennen liessen, beweist auch der Bubiagabschluss, dass die Wirtschaftskrise die hohe Profitrate im Braunkohlenbergbau nicht beeinflusst hat.

Der Betriebsgewinn bei der Bubiag ist mit 8,69 Millionen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Der Gewinn des Unternehmens beträgt einschliesslich der Abschreibungen 6,31 Millionen, sodass die Gesellschaft mehr als 30 Prozent ihres Kapitals verdient hat. Da die Abschreibungen mit vier Millionen wieder sehr hoch angesetzt sind, wird aus dem verbleibenden Reingewinn von 2,3 Millionen die schon in den Vorjahren stabilisierte Dividende von 10 Prozent beibehalten.

Die Förderung ist erstmalig seit 1924 zurückgegangen und zwar von 6,0 auf 5,81 Millionen Tonnen, während die Brikettproduktion sich nur unwesentlich von 2,0 auf 1,93 Millionen Tonnen verringert hat. Infolge der durchgeführten Abbauten ist die Belegschaft mit 4 274 Mann wieder auf den Stand von 1924 ge-

sunken, obwohl die Förderung, wie auch die Brikettproduktion im letzten Jahr um annähernd 50 Prozent über dem Stand von 1924 lag. Die Leistungssteigerung je Mann und Schicht im ostelbischen Braunkohlenrevier steht also den Mehrleistungen im Steinkohlenbergbau keineswegs nach.

Wie die anderen Braunkohlenkonzerne betreibt auch die Bubiag mit Hilfe ihrer Abschreibungen eine Selbstfinanzierung grössten Stils. Jahr für Jahr sind die Abschreibungssätze je Tonne geförderter Rohkohle heraufgeschraubt worden. Im Jahre 1924/25 wurde ein Abschreibungssatz von 41 Pfennig je Tonne angesetzt, der 1926/27 bereits 57 Pfennig je Tonne erreichte und 1928/29 auf 66,6 Pfennig je Tonne stieg. Im Berichtsjahr hat der Abschreibungssatz den von keinem anderen Konzern erreichten Rekordstand von 68,8 Pfennig je Tonne erreicht. Den Umfang der Selbstfinanzierung im Braunkohlenbergbau kennzeichnet die Tatsache, dass der Bubiag-Konzern in den letzten vier Jahren 23 Millionen Mark in die Anlagen gesteckt hat, die sämtlich mit Hilfe der Abschreibungen oder aus laufenden Gewinnen finanziert wurden, ohne dass auch nur ein Pfennig fremdes Kapital in Anspruch genommen zu werden brauchte.

Da die Verhältnisse im ostelbischen und mitteldeutschen Braunkohlenbergbau durchweg so günstig liegen, wie bei dem Bubiag-Konzern, wird eine Preissenkung die Rentabilität in keiner Weise beeinträchtigen. Bei der Bedeutung, die einem Preisabbau für Braunkohle und Briketts zukommt, muss eine sofortige und wirksame Preissenkung durch die Regierung gefordert werden.

SPD. Die Halbjahresversammlung der Stettiner Handelskammer wurde im Rahmen eines Referates des Präsidenten der Kammer, des Unterstaatssekretärs a.D. Toepffer, zu einer scharfen Kampfansage gegen die Wünsche des Reichsernährungsministers Schiele nach einer völligen Abkehr von den Prinzipien der deutschen Handelspolitik. Toepffer führte hierzu u.a. aus :

"Es ist Ihnen bekannt, dass sich auch in Deutschland in letzter Zeit in zunehmendem Masse Kritik an dem bisher von uns befolgten handelspolitischen System, das auf der Meistbegünstigung basiert, geübt wird. So hat der Reichsernährungsminister Schiele noch unlängst keinen Hehl daraus gemacht, dass er die Meistbegünstigungspolitik für verfehlt hält. Mir scheinen aber gerade die Ergebnisse der diesjährigen Handelsbilanz dafür zu sprechen, dass Deutschland auch in Zukunft von dem System der Meistbegünstigungsverträge mit Tarifabreden, das es sich mühsam genug in den letzten Jahren aufgebaut hat, nicht abirren darf. Ich muss an dieser Stelle begrüssen, dass auch der deutsche Delegierte im Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes den gleichen Standpunkt eingenommen hat, woraus hoffentlich zu schliessen ist, dass aller Kritik zum Trotz an dem bisherigen handelspolitischen System deutscherseits festgehalten wird. In welche Ungelegenheiten und Schwierigkeiten uns jedes Abweichen von dem einmal beschrittenen handelspolitischen Weg bringen muss, hat am besten die internationale Diskussion über die von privater Seite angeknüpften Finnlandverhandlungen gezeigt. Die scharfe Kritik und die Boykottdrohungen, die die deutsche Handelspolitik in Dänemark und auch im sonstigen Skandinavien erfahren hat, zeigen uns deutlich, dass alle Experimente auf diesem Gebiet uns letzten Endes nur in Schwierigkeiten für unsere Ausfuhrwirtschaft gerade in den Ländern bringen können, die unsere besten Abnehmer sind."

In seinen weiteren Ausführungen bedauerte der Präsident der Stettiner Handelskammer, dass es noch immer nicht gelungen sei, den deutsch-polnischen Handelsvertrag in Kraft zu setzen. Das ist umso bemerkenswerter, als gerade die Stettiner Landwirtschaftskammer zu den übelsten Rufnern im Streit gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag gehört. Der Präsident stellte fest: "Der deutsch-polnische Handelsvertrag, der zu Beginn dieses Jahres zum Abschluss gelangt ist, ist noch immer nicht zur Ratifizierung gelangt. Die enorm ungünstigen Wirkungen dieses vertraglosen Zustandes auf die ostdeutsche Wirtschaft bestehen nach wie vor."

SPD. Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gibt seinen Absatz für September mit 5,472 Millionen Tonnen an (davon 2,663 Millionen Tonnen nach dem unbestrittenen Gebiet und 2,809 Millionen Tonnen nach dem bestrittenen Gebiet) gegenüber 5,618 Millionen Tonnen im Monat August (2,771 nach dem unbestrittenen und 2,846 Millionen nach dem bestrittenen Gebiet).

Der Gesamtabsatz für das erste Halbjahr 1930/31 (April 1930 bis einschließlich September 1930) wird mit 47,507 Millionen Tonnen angegeben. Das bedeutet einen arbeitstäglichen Absatz von 311 781 Tonnen. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1929/30 (Oktober 1929 bis März 1930) macht das einen Rückgang von 67 154 Tonnen = 17,72 %, gegenüber dem ersten Halbjahr 1929/30 (April bis September 1929) einen Rückgang von 84 986 Tonnen = 21,42 % aus. Vom Gesamtabsatz in Höhe von 47,507 Millionen Tonnen sind 3,953 Millionen Tonnen = 8,32 % Zechenselbstverbrauch und 9,334 Millionen Tonnen = 19,65 % Werkselbstverbrauch. Von den restlichen 34,218 Millionen Tonnen gingen 37,94% = 18,023 Millionen Tonnen nach dem unbestrittenen Gebiet und 34,09 % = 16,195 Millionen Tonnen nach dem bestrittenen Gebiet.

SPD. Die Indexziffer für Grosshandelspreise hat sich in der Woche bis zum 15. Oktober gegenüber der Vorwoche von 120,4 auf 120 gesenkt. Der Rückgang beträgt 0,3 %. Bei den Agrarstoffen (109 gegen 109,3) liegt ein Rückgang um 0,3 % vor. Bei den Kolonialwaren (108 gegen 107) ist eine Steigerung von 0,9% festzustellen. Die industriellen Rohstoffe sind von 114,7 auf 114,1 = 0,5 % zurückgegangen. Bei den industriellen Fertigwaren liegt ein Rückgang von 147,3 auf 146,7 = 0,4 % vor und zwar hat sich der Index für Produktionsmittel von 137,1 auf 137 = 0,1 % und der Index für Konsumgüter von 155 auf 154,1 = 0,6 % verringert.

SPD. Der Reichspräsident hat den Reichsminister a.D. Dr. Moldenhauer und den Redakteur der Frankfurter Zeitung Artur Lauinger auf die Dauer von 5 Jahren zu Mitgliedern des Versicherungsbeirats beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung ernannt.

Moldenhauer kann als ausgesprochener Interessentenvertreter gelten. Deshalb ist die Ernennung zu bemängeln. An sich sind im Beirat des Reichsaufsichtsamts solche Leute vertreten, die von den grossen Versicherungsdirektoren abhängig sind. In der Praxis kontrollieren sich also die Direktoren selbst. Wir bringen das Versagen des Reichsaufsichtsamts nicht zuletzt mit dieser Tatsache in Verbindung. Die Forderung der Angestelltenorganisationen, Arbeitnehmer in den Beirat zu delegieren, erhält dadurch ihre tiefere Bedeutung. Leider hat man davon abgesehen. Damit kann die Angelegenheit natürlich nicht erledigt sein. Die Angestelltenorganisationen werden weiter um ihre Vertretung im Beirat kämpfen.

SPD. Aus Lodz wird uns gemeldet: Von den ca. 2 000 Bandwebern in Lodz in Polen sind nur 600 beschäftigt, die anderen Arbeiter sind schon viele Monate ohne Arbeit. In einer Denkschrift an das Arbeitsministerium versucht nun der Verband der Bandweber Regierungshilfe für die Notleidenden zu erlangen. Die Lage soll sich im bevorstehenden Winter für die Arbeitslosen geradezu katastrophal gestalten, da die Weber schon seit einem Jahr ohne jede Unterstützung sind.

SPD. Das Bank-Archiv, die Zeitschrift des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, hat sich die Sensation nicht entgehen lassen, den Direktor Dr. Emil Georg von Stauss von der Deutschen Bank-Discontogesellschaft über die nationalsozialistischen Finanzforderungen schreiben zu lassen. Stauss ist seit dem 14. September Mitglied des Reichstags und man sagt ihm, unwidersprochen, nach, dass er in letzter Zeit sehr häufig Gelegenheit genommen habe, mit nationalsozialistischen Führern zu frühstücken. Stauss muss also die Männer um Goebbels und Strasser sehr gut kennen.

Das verrät auch sein Artikel, der im übrigen nicht aussergewöhnliches enthält. Zu den nationalsozialistischen Forderungen sagt der Artikel jedoch, dass die Vertrauenskrise, die in Deutschland zur Kapitalflucht führt, eine verhängnisvolle Verschärfung erfahre, wenn in Anträgen politischer Parteien - gemeint sind hier die nationalsozialistischen Anträge im Reichstag - das Privateigentum und sonstige private Rechte bedroht werden und wenn diese Beunruhigung durch "undurchdachte gesetzgeberische Vorschläge" verstärkt wird, die an die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft rühren und damit an die Grundpfeiler der Wohlfahrt des Landes und seiner produktiven Stände. Möge, so führt von Stauss in seinem Artikel fort, nicht vergessen werden, dass verstärkter politischer Einfluss auch verstärkte Verantwortung für alles Unheil in sich schliesst, welche schon allein dadurch entstehen kann, dass solche Anträge vielleicht da und dort im Inland oder Ausland ernst genommen werden, obwohl kaum ein einsichtiger Mensch ihre Verwirklichung für möglich hält.

Undurchdacht, unverantwortlich, nicht ernst zu nehmen! Das ist das Urteil, das der Mann von der DD-Bank über seine nationalsozialistischen Frühstücksfreunde fällt. Auf die Undurchführbarkeit und auf die Demagogie der nationalsozialistischen Forderungen haben wir bereits hingewiesen. Die nationalsozialistischen Anträge fassen alles mögliche zusammen, was wünschenswert, aber nicht zu verwirklichen ist. Dieselben oder ähnlichen Forderungen, z. B. die Abschaffung der Zinswirtschaft, ist eine Angelegenheit, der sich die Demagogie aller Zeiten bemächtigt hat. Die Senkung des Zinssatzes auf einen erträglichen Stand geht andere, durch eine günstige wirtschaftliche Entwicklung vorgezeichnete Wege. Dafür setzt sich die Sozialdemokratie ein. Herrn Stauss möchten wir folgendes ins Gedächtnis rufen: Vor ungefähr 8 Jahren prägte ein bekannter arischer Grossbankier das Wort dass die Hitleranhänger vorerst den jüdischen Kapitalismus bekämpfen, dass aber von dort bis zur Bekämpfung des Kapitalismus ganz allgemein nur ein kleiner Schritt sei. Der Mann wird recht behalten. Die Hitleranhänger kämpfen heute noch mit unverdauten Phrasen. Soweit sie aber in die Schwierigkeiten der Wirtschaft und besonders der Finanzwirtschaft eindringen, werden sie die Unsinnigkeit der Hitlerschen Finanzforderungen durchschauen. Das ist der Moment, den der Sozialdemokrat Dr. Högener-München am Sonnabend in seiner Reichstagsrede meinte, als er erklärte: "Hoffen wir, dass recht viele Anhänger Hitlers über den Umweg des Nationalsozialismus zum Sozialismus kommen und wirklich Sozialisten werden."

SPD. Riesige Radiumlager, deren Reichtum die Vorkommen im belgischen Kongo weit überbieten soll, sind in der Nähe der Ortschaft Wilberforce in Ontario, Kanada entdeckt worden. Nach den Mitteilungen der Radiologen, die die Vorkommen studiert haben, soll sich der Radiumgehalt pro Tonne Erz auf 186 Milligramm belaufen. Die Nutzbarmachung der Lager kann innerhalb weniger Monate begonnen werden. - Gleichzeitig wird die Auffindung eines sehr wertvollen Beryllagers am Huron-Fluss, etwa 100 Meilen nördlich von Winnipeg, berichtet. Der Beryl ist ein Halbedelstein, dessen gegenwärtiger Marktpreis \$ 200 pro Pfund beträgt. Dr. T. L. Walker, Professor für Mineralwissenschaften an der Universität von Toronto, behauptet, dass mit der Aufschliessung des neuen Lagers der Preis auf \$ 5 pro Pfund gesenkt werden kann.

Ohne Beimahlung.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Okt.)

SPD. Nachdem der Reichstag sich vertagt hat, ohne das Gesetz über den Beimahlungszwang zu verabschieden, war am Montag die Stimmung an der Berliner Produktenbörse wieder erheblich ruhiger. Namentlich die Roggenpreise konnten sich in keiner Weise behaupten und verloren am Markte der Zeitgeschäfte 3 bis 4 Mark. Im gleichen Ausmasse gingen auch die Preise im Handel mit effektiver Ware zurück wo das Angebot erheblich grösser geworden ist, während die Nachfrage sehr gering blieb. Beim Weizen beschränkten sich die Preisrückgänge im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft wie am Effektivmarkt auf ca. 1 bis 2 Mark. Das Mehlgeschäft stagnierte vollkommen. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert jedoch zeigte sich keinerlei Kauflust, die über den dringendsten Tagesbedarf hinausging. Hafer konnte seine Preislage gut behaupten. Das Angebot blieb recht klein, jedoch zeigte sich hier und da etwas bessere Nachfrage. Im Gegensatz hierzu blieb der Gerstenmarkt vollkommen leblos. Bei reichlichem Angebot machte sich irgendwelche Nachfrage nicht bemerkbar.

	18. Oktober	20. Oktober
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	224 - 226	223 - 225
Roggen	148 - 150	146 - 148
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrieroggen	166 - 180	166 - 180
Hafer	142 - 155	142 - 155
Weizenmehl	27,00-35,00	27,00-35,00
Roggenmehl	24,00-27,00	23,90-27,00
Weizenkleie	7,50- 8,00	7,50- 8,00
Roggenkleie	7,25- 7,50	7,00- 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 237 (Vortag 237), Dezember 245 (264 $\frac{1}{2}$), März 261 $\frac{1}{2}$ (263 $\frac{1}{2}$). Roggen Oktober 162-161 (166), Dezember 170-169 $\frac{1}{2}$ (173), März 188 $\frac{3}{4}$ -188 (191 $\frac{1}{2}$). Hafer Oktober - (-), Dezember 160 $\frac{1}{2}$ -160 (162 $\frac{1}{2}$), März 171 $\frac{1}{2}$ (173 $\frac{1}{2}$).

Amtliche Kartoffelnotierungen.

(20. Oktober)

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse 1,10 - 1,30, Rote 1,30 - 1,50, Gelbfleischige 1,40 bis 1,70 (ausser Nieren), Odenwälder Blaue 1,10 bis 1,30. Markt in Berlin überfüllt.

Amtliche Eiernotierungen.

(20. Oktober)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trink-eier, (vollfrische, gestempelte) über 65 Gramm 15 $\frac{3}{4}$, 60 gr 15, 53 gr 14 $\frac{1}{2}$, 48 gr 13 $\frac{3}{4}$, frische Eier 53 gr 13 $\frac{1}{2}$, aussortierte kleine und Schmutzeier über 65 gr 10 $\frac{3}{4}$. Auslandseier: Dänen 18er 16, 17er 15 $\frac{1}{2}$, Estländer 15 $\frac{1}{2}$ -16er 13 $\frac{1}{2}$ -13 $\frac{3}{4}$, Holländer 60-62 gr 15, Bulgaren 12 $\frac{3}{4}$ -13, Rumänen 12 $\frac{1}{4}$ bis 12 $\frac{1}{2}$, Ungarn und Jugoslawen 12 $\frac{1}{4}$ - 12 $\frac{1}{2}$, Polen normale 11 $\frac{1}{4}$ -11 $\frac{3}{4}$, kleine, Mittel-, Schmutzeier 10-10 $\frac{1}{2}$. In- und ausländische Kühlhauseier: grosse 12 $\frac{1}{2}$ -13, normale 10 $\frac{1}{2}$ -11 $\frac{1}{2}$, kleine 9 $\frac{1}{2}$ -10. Kalkeier: Normale 10-10 $\frac{1}{2}$. Witterung! schön, Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 78

Berlin, den 20. Oktober 1930

Die ersten deutschen Frauenzeitungen.^x

SPD. Schon zur Zeit Goethes muss es zahlreiche Frauenzeitschriften gegeben haben, denn sowohl Goethe wie Schiller machten sich lustig über die "so genannten Schriften für Damen" und über die "jämmerliche Damenschriftstellerei". Diese Aeusserungen sind freilich wohl mehr als Reaktion gegen die Verflachung gewisser literarischer Tendenzen aufzufassen. Die Frauenzeitschriften jener Zeit haben doch auch eine hohe kulturelle Bedeutung. Hier findet man Wurzeln der heutigen Frauenbewegung, hier die Anfänge des Kampfes um eine bessere Bildung des weiblichen Geschlechts, der um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert einsetzte. Die Revolution des Geistes, die als Vorbereitung zur eigentlichen Revolution in Frankreich um sich griff, fand Unterstützung bei den Frauen. In jener Zeit entstand die erste Zeitschrift für die Frauenbewegung. "Observateur féminin" ("Der weibliche Beobachter"). Fast gleichzeitig finden wir auch in England ähnliche Bestrebungen. Die englische Zeitschrift "Spectator" ("Zuschauer") verkündete, "einen ansehnlichen Teil" ihrer Betrachtungen dem Dienste des Frauenzimmers zu widmen. In Deutschland war es Gottsched, der in Leipzig "Die vernünftigen Tadelrinnen" herausgab. Diese Zeitschrift war in Deutschland die erste, die ausschliesslich für Frauen bestimmt war.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lassen sich schon 37 ausgesprochene Frauenzeitschriften nachweisen. Eine der verbreitetsten, die "Iris", wurde von zwei Männern, Georg Jacoby und Wilhelm Heinse, herausgegeben. Die "Jris" erschien monatlich, zum ersten Mal im Jahre 1774. Es war nicht leicht für die beiden Herausgeber, sich durchzusetzen. Wieland hatte kurz vorher im "Teutschen Merkur" eine belletristische Zeitschrift geschaffen, in der er ankündigte, die Interessen weiblicher Leser in mannigfacher Hinsicht berücksichtigen zu wollen. Vater Gleim, ein besonderer Freund Heinse's, sah durch Heinse's Verbindung mit Jacoby eigene journalistische Pläne durchkreuzt und prophezeite "dem hübschen Mädchen Jris" einen frühen Tod, entzog sich auch der Mitarbeit, auf die man sehr gehofft hatte. Vor allem aber machte der junge Goethe seinem Groll gegen die Damenzeitschrift Luft, indem er von "Jackerts und ihrer kindischen Entreprise" sprach und ausrief: "Nur mich und die Meinigen sollen die Kerls ungeschoren lassen". Allerdings liessen sich diese drei Gegner schliesslich versöhnen. Wieland's "Merkur" konnte der Gegnerin "Jris" auf die Dauer keine Konkurrenz machen. Gleim liess sich versöhnen, und selbst Goethe wurde schliesslich als Mitarbeiter gewonnen. Die zuerst so geschmähte Damenzeitschrift hat viel zur Bekanntmachung seines Namens in weiten Kreisen beigetragen.

Die beiden Herausgeber waren starke Gegensätze. Jacoby war ein grosser Frauenliebhaber "voll zärtlicher Gefühle", denen er in seiner anmutigen, aber nicht sehr tiefen Poesie Ausdruck gab. Heinse war ein leidenschaftlicher, sinnenfroher, aber keine Beschränkung kennender Stürmer und Dränger. Zunächst verstanden sie es aber, der Zeitschrift eine für jene Zeit beträchtliche Höhe zu geben und durch geschickte Auswahl der Beiträge deutscher Mitarbeiter, aber auch Übersetzungen aus dem Italienischen, Französischen, Englischen, ja, sogar aus dem Spanischen. Sie suchten also ihren Leserinnen eine möglichst universelle Bildung zu geben, und diese lernten Stücke kennen aus Tasso's "Befreitem Jerusalem", aus Ariost's "Rasendem Roland", aus dem "Ossian". Auch Übersetzungen von Oden der berühmten griechischen Dichterin Sappho erschienen hier, die Goethe's Jugend=

freund Lenz beisteuerte. Es fehlten aber auch nicht Dichtungen der als "deutsche Sappho" gefeierten Dichterin Anna Luise Karsch. Goethe's Jugendpoesien in ihrer Rokokograzie bezauberten die zarten Seelen in jener Zeit der Empfindsamkeit. Dieser Richtung entsprach auch sein aus Poesie und Prosa gemischtes Singspiel "Erwin und Elmire", das zuerst in der "Jris" erschien und mit seiner sentimentalischen Handlung tiefen Eindruck machte.

Ueber der Poesie wurden jedoch auch die Allgemeinbildung und das Moralleben nicht vernachlässigt. Hier wurde zum ersten Mal in einer deutschen Frauenzeitung über europäische Staatenpolitik gesprochen. Belehrungen auf allen Gebieten wurden geboten, in leicht verständlicher, anschaulicher Form. Die Zeitung hätte vielleicht ihren Weg gemacht. Aber Heinse's Lebenswandel erregte Anstoss in weiten Kreisen, und er selbst empfand die für einen Journalisten erforderliche geregelte Tätigkeit als lästige Fessel. "Nur Freiheit und Brot und Masse, nur Licht, Vater Zeus, vor Uebersetzung und Journal", schrieb er verzweifelt an Vater Gleim. Die Redaktionsgeschäfte überliess er grösstenteils Jacoby, und dieser wieder war zu schwach, um dem Wunsche galanter Gönnerinnen, die Zeitung nach ihren Wünschen zu gestalten, zu widerstehen. Schliesslich schrieben die Verleger 1776, von dreissig Bogen Manuskript auch nicht einen halben Bogen mehr drucken zu lassen, "alldieweilen von vielen Orten die Pakete mit Protest zurückgesandt werden."

So erfüllte sich denn doch noch Gleim's Prophezeiung vom schnellen Tode des "hübschen Mädchens Jris". In Erinnerung an sie gab Jacoby von 1803 bis 1812 ein Taschenbuch heraus, dem er gleichfalls den Namen "Jris" gab. Etwas später als die "Jris" erschien die Frauenzeitschrift "Pomona". Sie behandelte hauptsächlich pädagogische Fragen und wurde unzähligen Frauen und Mädchen eine treue Ratgeberin in schwierigen Lebenslagen. Herausgeberin war Sophie von Laroche, Wielands Freundin. In weiten Kreisen wurde "Pomona" die gute Mutter von Deutschlands Töchtern genannt.

Auch Johanna Schopenhauer plante die Herausgabe einer Frauenzeitung. Sie meinte dann aber, dass die Zeiten längst vorüber seien, wo man für Frauen und Kinder eigene Bücher schreiben durfte. Ihre Zeitung sollte etwa wie ein geistreicher Zirkel sein, in dem jeder zur Unterhaltung das Seine beitrüge, zu dem auch Männer eingeladen würden, und bei dem Johanna die Wirtin machte. Das Vorurteil gegen Frauenzeitungen sollte ihr Blatt durch seinen inneren Wert besiegen.

Dieser Plan wurde nicht verwirklicht. Die Zahl der Frauenzeitungen ist inzwischen unendlich gestiegen. Auch heute werden nur solche Zeitungen sich dauernd erhalten, die sich durch inneren Wert auszeichnen.

Anna Bloss.

Die wiedereroberte Gesundheit.^x

SPD. Dass die sogenannte "gute alte Zeit" durchaus nicht so gut gewesen ist, wie es uns schwärmerische Gemüter weissmachen wollen, kann jeder, der die Geduld dazu hat, aus zeitgenössischen Schilderungen immer wieder feststellen. Das gilt nicht zum wenigsten von der Fabel von der grossen, unzerstörbaren Gesundheit unsrer Urväter und -mütter. Was wurde denen nicht alles nachgerühmt! Gross, stark, gewaltig waren die Männer, blühend die Frauen, prangend vor Gesundheit. Da kam ein schlauer Mensch auf die Idee, einmal die erste dieser Behauptungen nachzuprüfen, ohne viele Bücher zu Rate zu ziehen. Er ging einfach in die Zeughäuser und mass die dort ausgestellten Harnische und Rüstungen der gewaltigen Kriegshelden nach. Und sieh -: Sie passten alle nicht mehr für einen normal gebauten Menschen unsrer heutigen Zeit! Fast alle waren sie zu klein, und alle waren in der Brustweite erheblich zu eng. Das bewies, dass die Männer unsrer Tage nicht nur grösser als ihre Vorfahren, sondern auch erheblich kräftiger gebaut

sind. Nach dieser Erfahrung begann man, auch die literarischen Dokumente früherer Jahrzehnte und Jahrhunderte etwas genauer zu studieren und erfuhr dabei allenthalben unerfreuliche Dinge von der Gesundheit der Menschen in der "guten alten Zeit".

Zuerst einmal ein recht peinliches Kapitel: Wir können uns heute kaum noch vorstellen, was die Darmträgheit damals für Schaden anrichtete. Wer sich darüber näher unterrichten will, braucht nur die Briefe der Lieselotte von der Pfalz zu lesen, die sich oft seitenlang mit diesem Thema beschäftigten. Vor allem war an diesem Uebel der Mangel an geeigneten Anstalten schuld, der dazu führte, dass das Volk die Parks, die Quais der Flüsse und jede dunkle Strassenecke benutzte - die Hofgesellschaft aber die Galerien der Paläste, die vor Gestank manchmal gar nicht zu passieren waren. Wer nicht zu solchem Auskunfts-mittel greifen wollte, der musste, wie Lieselotte schreibt, eben "seinen Stuhl-gang bis zum Abend aufheben" - die alte Dame gebraucht aber dafür eine wesentlich derbere Bezeichnung - Ueberhaupt war gerade die Zeit des Barock und des Rokoko wohl die Periode, in der es um die Gesundheit sowohl des Volkes wie der herrschenden Schichten am schlimmsten aussah. Es galt allenthalben als ziemlich überflüssiger Luxus, sich zu waschen. Selbst in den höchsten Kreisen begnügte man sich damit, die Hände mit ein wenig wohlriechendem Wasser zu über-giessen - und selbst das nur einmal am Tage. Die Hautkrankheiten grassierten, und die Erfindung der "Mouches", der Schönheitspflasterchen, hatte ja keinen anderen Zweck als den, Geschwüre und Pusteln auf anmutige Art zu überdecken, was um so sehr nötig war, als die Syphilis damals mit einer Bösartigkeit auf-trat, von der wir uns heute keine Vorstellung mehr machen können, und syphili-tische Geschwüre zu den üblichsten Erscheinungsformen gehörten. Öffentliche Badeanstalten gab es, im Gegensatz zum frühen Mittelalter, für das gewöhnli-che Volk überhaupt nicht, und in den Kreisen der vornehmen Welt wurden Bäder als ein üppiges Vergnügen, aber nicht als eine Notwendigkeit der Hygiene be-trachtet. In manchen Schlössern fand man vielleicht, wie in dem Palais Wald-stein in Prag, eine Badegrotte. Es gab auch Favoritenschlösschen, wie die "Bä-denburg" im Nymphenburger Park für Gesellschaftsbäder - eine brauchbare Bades-wanne aber gab es selbst im kaiserlichen Schloss von Berlin bis 1888 nicht!

Kurios mutet es auch den, der unser Zeitalter immer als das "nervöse" Schelten hört, an, was er über dieses Kapitel in alten Erinnerungsbüchern fin-det. Man lese nur einmal die Memoiren der Markgräfin, Wilhelmine von Bayreuth, der Schwester Friedrichs II. von Preussen! Auf jeder dritten Seite erzählt sie von Ohnmachten, Schwächeanfällen, Herzklopfen. "Vepeure" - d.h. eigentlich Magen-Blähungen, in weiterem Sinne auch üble Laune - zu haben, war geradezu das Kenn-zeichen der Dame. Die Mode tat dazu ein Gebriges: die unvernünftige Einschnü-rung durch das Korsett und die allzu luftige Bekleidung des Unterkörpers; denn unter den pomphaften Reifröcken trug man keine Beinkleider, und damit wurde der Grund zu zahllosen Unterleibs- und Blasenkrankheiten geschaffen. So ist es nicht verwunderlich, dass ältere Damen, z.B. Elisabeth von Russland, manchmal mit Wachstuch gefütterte Röcke tragen mussten, damit Prunkfeuteuils und Thron-sessel geschont wurden...! Am deutlichsten vielleicht zeigt sich der Zerfall der körperlichen Gesundheit an der Marquise von Pompadour, die noch - und mit Recht - als die typische "Schönheitskönigin" des Rokoko gilt. Sie war eine Schwindsüchtige, spie seit ihrer frühesten Jugend Blut, war bleichsüchtig und blütarm und konnte vor Herzstössen oft nicht einmal im Gefolge der Königin die Stelle einnehmen, die sie doch so heiss ersehnt und erkämpft hatte. Dick wie Email lag die Schminke auf ihren Wangen, und dennoch konnte sie, der alle Mit-tel damaliger Heilkunst zu Gebote standen, nicht den unaufhaltsamen Verfall ihres Körpers verlangsamten, ihn nicht einmal verdecken.

Den Umschwung brachte die französische Revolution: Sie machte die Gesund-heit modern. Freilich taten die wahren Modedamen auch hier wieder zu viel des Guten, und aus der vernünftigen Kleidung ohne Schnürleib und Reifrock wurde das "Kostüm der Nacktheit". Schliesslich bestand die ganze Toilette einer Mo-

dekönigin aus ein Paar leichten Sandalen und einem Hemd aus durchsichtigstem Mull, das noch dazu tief ausgeschnitten war und nur durch ein paar schmale Achselbänder gehalten wurde. Die ganze Toilette der schönen Madame Tallien auf einem der Direktoriumbälle bestand aus einem solchen Hemd und leichten Sandalen und wog zusammen ganze 150 Gramm! Und die Frauen, die schön genug waren, sich eine so reduzierte Kleidung leisten zu können, trugen sie auch auf der Strasse - die andern aber reduzierten sie auf das unumgänglich Nötige. Auch das war damals sehr wenig. Die Folge war, dass die Lungenentzündung zur Modekrankheit wurde. Mit dem Erstarken der politischen Reaktion wandelte sich abermals die Mode. Es ging zurück zum Schnürleib und zur Krinoline, Vorsorglichen Müttern wurde sogar in Familienzeitschriften geraten, ihren Töchtern auch Nachts ein Korsett anzulegen - und so war bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts jedes junge Mädchen bleichsüchtig, die Mehrzahl der älteren Frauen unterleibskrank - denn man trug ja auch während der Schwangerschaft das festgeschnürte Korsett: Erst im Anfang dieses Jahrhunderts setzten wieder Reformbestrebungen ein. Dann kam der Sport und schuf für Männer und Frauen gleicherweise die Möglichkeit, ihren Körper aus dem Gefängnis der Kleider wenigstens zeitweise zu erlösen - und eines Tages hatten wir sogar eine gesunde, schöne Mode. In jüngster Zeit wandelt sie sich für den weiblichen Teil der Menschheit wieder ins "Frauliche" und das könnte manchen modephilosophisch angehauchten Betrachter nachdenklich machen: Denn nie gebärdete sich die Mode unvernünftiger als in Zeiten politischer Reaktion, in den Zeiten, in denen man kein gesundes Volk gebrauchen kann.

Rose Ewald.

Der Handschuh einst und jetzt.^x

SPD. Gerade heute, wo die Frauenmode sich wieder mehr dem betont Weiblichen nähert, wo Spitzen und Rüschen, Falbeln und Volants die strenge Linie verschwinden lassen, hat auch der Handschuh wieder jene Bedeutung erlangt, die er in früheren Zeiten als modisches Beiwerk genoss. Sehr interessant wirkt darum eine kleine in Berlin veranstaltete Ausstellung "Der Handschuh einst und jetzt". In hübschen Glasvitrinen liegen alle jene zierlichen, mit viel Mühe und Geschmack hergestellten Handbekleidungen vergangener Jahrhunderte. Wie bei jeder Modebetrachtung kann man auch bei diesem historischen Rückblick feststellen, dass jede Modeepoche nur Nachahmungen, höchstens Verbesserungen früherer Moden darstellt. So finden wir die moderne Stulpe, gestickt, bemalt oder gestanzt, bereits in der Handschuhmode von anno dazumal, daneben Handschuhe aus feinsten seidnen Geweben mit Goldstickerei, aus gehäkeltem, genetztem oder gesticktem Material, wie sie hauptsächlich die Biedermeierzeit bevorzugte. Die französische Handschuhmode des 19. Jahrhunderts zeigt Handschuhe aus feinstem Schwedenleder mit Spitzeneinsätzen, dazu zierliche, handbemalte, hölzerne Handschuhkästen. England zieht den etwas derberen Wildlederhandschuh vor, der für festliche Gelegenheiten mit Fellfransen, Goldstickerei oder Brokat verziert ist. Alte Bilder und Stiche bieten eine wirkungsvolle Illustration früherer Modelaunen und Missethaten; man sieht, welche grosse Rolle der Handschuh im Dienste der weiblichen Koketterie gespielt haben muss, wie er lässig in der Hand getragen, halb aufgestreift, oder gerade zugeknöpft wird, und wie das dargestellte weibliche Modell immer die Aufmerksamkeit darauf zu lenken weiss.

Noch grösseren Putz als die gefallsüchtige Weiblichkeit liebten aber die männlichen Repräsentanten staatlicher oder kirchlicher Würden verflossener Zeiten. Wahre Prachtstücke, wenn auch nicht gerade im Sinne des Geschmackvollen, sind Bischofshandschuhe (England; 14. Jahrhundert) aus rotem Samt, reich

mit Edelsteinen, Perlen und Metallstickereien verziert, daneben Krönungshandschuhe mit dem handgemalten Portrait des Trägers. Als Gegenstück erscheinen die eisenbekleidete Ritterfaust aus dem 15. Jahrhundert oder der derbe, unförmige Handschuh des Lappen aus Renntierfell, genäht mit einer aus Knochen hergestellten Nadel und aus Sehnen gewonnenem Garn. Dieser Handschuh der nordischen Völker hat sich bis auf den heutigen Tag wenig oder garnicht verändert.

Kaffeeklatsch.^x

SPD. "Zu meiner Zeit", sagte Frau Droysen und setzte die geblünte Kaffeetasse vorsichtig auf den Unterteller mit dem Goldrande, "zu meiner Zeit ging es nur nach dem Willen der Eltern. Man ist ja heute modern geworden. Aber dass ein junges Mädchen, das noch nicht die genügenden Erfahrungen besitzt, sich ins Blaue hinein bindet, sollte gesetzlich untersagt sein. - "

"Sehr richtig", nickte Frau Poppendahl und hob ihrerseits die geblünte Kaffeetasse an den Mund. "Da hat mir gestern erst meine Cousine erzählt, dass in Britz, wo ihre Schwägerin wohnt, deren Hausnachbarin, eine verwitwete Rittergutsbesitzerin, mit ihrem Sohne solches Unglück gehabt hat - "

Frau Droysen lächelte ironisch. "Natürlich", dachte sie, "so eine heraufgekommene Handwerkersfrau kann es nicht unterlassen, sich bei jeder Gelegenheit mit ihren vornehmen Beziehungen zu brüsten, und wäre es auch nur die Hausnachbarin der Schwägerin einer Cousine". Und laut sagte sie: "Mein Mann hat in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglied der Vereinigten Mühlenwerke sehr oft Gelegenheit, mit adligen Rittergutsbesitzern zu verkehren. Daher interessiere mich Ihre Geschichte natürlich ungemein."

Frau Poppendahl begann auf diese Ermunterung sofort - (sie hätte auch ohne die begonnen) - : "Frau Rittergutsbesitzer Lambatsch, die, nebenbei bemerkt, das schönste Rittergut in der ganzen Provinz hat, hegte schon seit langem den innigen Wunsch, ihrem Sohne eine würdige Lebensgefährtin zur Seite zu stellen. Wie die jungen Leute aber heutzutage sind, war ihm keine gut genug und schön genug und reich genug. Dabei führte sie ihm so reizende und gebildete Mädchen aus den ersten Häusern zu, die sich sämtlich um ihn rissen. Sogar ein Fräulein von Köckeritz war ganz verliebt in ihn. Doch als Frau Rittergutsbesitzer Lombatsch das junge Freifräulein ganz allein zum Tee zu sich gebeten hatte, damit ihr flotter Herr Sohn endlich Farbe bekenne, kam stattdessen die Jungfer des Fräulein von Köckeritz, um ihre Herrin wegen einer Unpässlichkeit zu entschuldigen. Und wollen Sie es glauben, liebe Frau Droysen, dieser gewissenlosen Person gelang, was keine der jungen Mädchenblüten fertig gebracht hatte: sie verdrehte ihm den Kopf derart, dass der junge Herr Lombatsch, der einzige Erbe des grössten Ritterguts der Provinz, nach noch nicht acht Wochen seine Verlobung mit diesem Frauenzimmer gegen den Willen seiner Mutter in der Zeitung öffentlich bekannt gab."

Die Stimme der Sprecherin überschlug sich. Sie pustete. Frau Droysen verzog den Mund. Sie fand es widerlich, wie Frau Poppendahl sich alterierte. Wenn man so dick war wie sie, musste man sich mehr in der Gewalt haben. Die Knöpfe der Bluse sprangen ja beinahe ab! Freilich, wenn man so wenig inneren Schönheitssinn hatte, dass man als Hausfrau nicht einmal den hässlichen Riss im Teppich und den Saucenfleck auf der ohnehin schlecht gewaschenen Kaffeedecke sah, wie sollte man da auf Selbsterziehung und Selbstvervollkommnung Wert legen?!

Sie musste daher nur lächeln, als Frau Poppendahl, immer noch erregt, bedeutete: "Mein Sohn Rudolf wird niemals hinter dem Rücken seiner Eltern einen so unbedachten Schritt tun".

Frau Droysen konnte kaum länger an sich halten. Die Galle stieg ihr hoch. Aber sie bemeisterte sich und sagte ganz ruhig und kühl: "Die Sorge um einen

Sohn, auf dem noch dazu wie bei Herrn Rudolf keine so bedeutenden gesellschaftlichen Verpflichtungen ruhen, kann der Sorge, die eine Mutter der Zukunft ihrer Tochter widmen muss, in keiner Weise gleichkommen. Mir sind immer, wenn ich an die Verheiratung meiner Marie=Lieschen denke, als warnendes Beispiel vor Augen stehen, was sich in einer sehr vornehmen Familie kürzlich zugetragen hat. Die Tochter eines Oberstaatsanwalts liebte einen Studenten der Philosophie oder Philologie. Die Eltern kamen dahinter, und da an eine Heirat natürlich nicht zu denken war, weil der junge Mann noch nicht einmal sein Staatsexamen hatte, viel weniger eine Anstellung, die eine Familie standesgemäss ernähren kann, so schickte man das junge Mädchen, um es auf andere Gedanken zu bringen, zu einer Tante nach München. Man hoffte, dass sie dort neue Eindrücke sammeln würde. Aber stattdessen lernte sie dort einen Musiker kennen, der sie aufgrund ihres ganz netten Stimmchens dazu verleitete, sich zur Gesangskünstlerin zu degradieren!"

Frau Droysen erhob sich, um zu gehen. Sie war froh, diese Pflichtvisite beenden zu können. Leider wurde es ihr nicht erspart, sich noch einmal von der Taktlosigkeit dieser Frau Poppendahl überzeugen zu müssen. Die freundliche Gastgeberin wollte ihr durchaus ein Stückchen von dem selbstgebackenen Kuchen für Marie=Lieschen einpacken. Natürlich lehnte sie es mit herzlichem Danke ab. Aufatmend kam Frau Droysen nach Hause...

Im gleichen Augenblick, als sie eintrat, verliess jemand, drei dicke Folianten unterm Arm, durch die Hintertür ihre Wohnung. Es war Herr Rudolf Poppendahl, dem Marie=Lieschen ihre illustrierten "Schlafzimmergeheimnisse an Fürstenthöfe" ausgeliehen hatte.

Walter Meckauer.

SPD. Das "Wetterfühlen".^x Viele, meist ältere, an Rheumatismus, Entzündungen, Narben, Knochenbrüchen usw. leidende Leute behaupten, jeden Wetterumschlag fühlen zu können, und in der Tat stimmt diese Wetterprognose oft auffallend gut. Diese Eigentümlichkeit soll nun nach Laszlo dadurch zustande kommen, dass das gesunde Gewebe eine eigenartige Fähigkeit hat, Feuchtigkeit anzuziehen. Feuchtigkeit der umgehenden Luft bewirkt Ausdehnung, Trockenheit dagegen Zusammenziehung der normalen Gewebefasern. Wird nun an irgend einer Stelle diese Dehnungsfähigkeit der Fasern durch eine Narbe oder irgendwelche chronische Entzündungszustände unterbrochen, so wird die Gleichmässigkeit der Feuchtigkeitsanziehung gestört, und es entsteht so auf mechanischem Wege die Schmerzempfindung, die man als "Wetterfühlen" bezeichnet.

SPD. Volkszählung ist Teufelswerk.^x Die erste Volkszählung sollte ursprünglich in England im Jahre 1753 stattfinden. Als jedoch eine diesbezügliche Vorlage im Parlament eingebracht wurde, erhob sich im ganzen Lande ein Sturm der Entrüstung. Vor allem die kirchlich eingestellten Kreise empörten sich über den Plan und führten allerlei Bibelstellen an, wonach eine derartige Zählung den himmlischen Vorschriften zuwiderliefe. Im Parlament erklärte ein Redner, er hätte es nie für möglich gehalten, dass die menschliche Vermessenheit so weit ginge, ein solches Unternehmen überhaupt nur zu erwägen. Charakteristisch ist es, dass trotz dieser Widerstände die Vorlage im Unterhause angenommen, im Oberhause jedoch von den Lords abgelehnt wurde. Erst 50 Jahre später konnte dann die erste Volkszählung wirklich stattfinden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 20. Oktober 1930.

Die Mumie als Schmugglerin.^x

SPD. Das Nationalmuseum in Belgrad kam vor kurzer Zeit zu einem sehr wertvollen Geschenk: einem ägyptischen Sarkophag mit dem Inhalt einer gut konservierten Mumie. Doch nicht die kulturhistorische Bedeutung dieses Geschenks eines grosszügigen Mäzens ist von besonderem Interesse, sondern in Verbindung mit seiner Transportierung ein kriminalistischer Fall, wohl der interessanteste der Schmugglergeschichte der allerletzten Zeit.

Der Anfang der Geschichte: Vor etwa einem halben Jahr erhielt das Nationalmuseum in Belgrad von einem Engländer namens Ernest Brunner die Nachricht, dass er zum Zeichen seiner tiefen Verehrung der jugoslawischen Nation dem Museum gern einen ägyptischen Sarkophag und eine Mumie schenken möchte. Das Museum, über die angenehme Ueberraschung hoch erfreut, sprach dem Gönner brieflich umgehend seinen herzlichsten Dank aus und teilte ihm mit etwas orientalischer Geschwollenheit mit, dass es kaum die Zeit abwarten könne, die grosszügige Gabe zu erhalten. (Umso mehr, als dem Museum durch den Transport des Sarkophags kaum nennenswerte Unkosten entstehen sollten, nachdem der Engländer geneigt war, sein Geschenk bis an die jugoslawische Grenze aus eigenen Mitteln transportieren zu lassen). Seltsamerweise erhielt das Museum auf sein Schreiben keine weitere Nachricht von dem Engländer, und man dachte schon, dass der Mäzen sich die Sache anders überlegt hätte..., als vor einigen Monaten ganz unerwartet der Vertreter eines Spediteurs bei dem Museumsdirektor erschien und ihm mitteilte, dass der Sarkophag in der jugoslawischen Grenzstadt Dubrovnik (Ragusa) angekommen wäre. Zugleich bat er auch dringendst den Museumsdirektor um Interventionen und um Ausstellung einer schriftlichen Bescheinigung der Besitzanerkennung der Sendung, da die Zollbehörden den Sarkophag samt Mumie mit einem ungeheuerlichen Zoll belegt hätten. Sehr nützlich wäre es - erklärte der Spediteurangestellte am Schlusse der Unterredung-, wenn der Museumsdirektor selbst zur Auslösung des Sarkophags nach Dubrovnik fahren würde.

Dem Museumsdirektor kam die ganze Angelegenheit sehr spanisch vor, da er mit Recht annahm, dass der Engländer die Sendung nicht nach einer Grenzstation, vielmehr nach Belgrad dirigieren würde. Er lehnte daher das Ansuchen des Spediteurvertreters ab und harrte der Dinge, die da kommen sollten. Unverrichteter Sache und mit langem Gesichte zog der Spediteurbeauftragte ab, um nach wenigen Wochen wiederzukommen und zu melden, dass der Sarkophag nun in Belgrad angekommen wäre. Das Museum musste jedoch selbst für die Auslösung Sorge tragen, da die Sendung der Spediteurfirma nicht ausgehändigt würde. Der Direktor, der seinen eigentlich unbegründeten Verdacht nicht loswerden konnte, entschloss sich endlich, der Sache nachzugehen, und eilte auf das Zollamt. Da fiel er vor Ueberraschung fast in Ohnmacht. Verlangte doch die Zollbehörde nicht nur einen ungeheuerlichen Zoll und Lagergeld auf Wochen zurück, sondern erhob noch ausserdem eine phantastische Summe als Zollstrafe wegen - Schokoladenschmuggels. Dachte der Direktor anfangs, man treibe einen Ulk mit ihm, so musste er sich doch bald davon überzeugen, dass von Spass gar keine Rede war. Man öffnete vor ihm den schweren Steindeckel des Sarkophags, und fürwahr - bis zum Rande war der Sarkophag voll von Schokoladenpackungen, sodass die Mumie kaum zu sehen war.

Nun kam es zur Untersuchung. Hierbei stellte sich einwandfrei heraus, dass der edle Geber, der bei der ganzen Schmuggelaffäre selbstverständlich voll-

kommen schuldlos war, eine Spediteurfirma in London beauftragt hatte, den Sarkophag nach Belgrad zu transportieren. Die englische Firma hatte sehr gewissenhaft für den Transport bis nach Italien gesorgt, dort jedoch einen italienischen Spediteur beauftragt, den Transport an seinen Bestimmungsort weiterzuleiten. Es scheint, dass die Angestellten dieser italienischen Firma sich diese originelle Art des Schmuggels ausgedacht und damit gerechnet hatten, dass die Sendung, in Jugoslawien angelangt, bei der Zollbehörde von der Firma selbst in Empfang genommen werden könnte und sie somit den ansehnlichen Posten Schokolade zollfrei einschmuggeln würden. Ein Zollbeamter jedoch, sei es aus Gewissenhaftigkeit, sei es aus Neugier, öffnete den Deckel des Sarkophags und vereitelte dadurch das Schmuggelmanöver. Natürlich wollte jetzt die Spediteurfirma weder mit der Mumie noch mit der Schokolade etwas zu tun haben, versuchte vielmehr, alles auf das Museum zu wälzen. Dieses lehnte jedoch die Zahlung der Strafe ab. Daraufhin hielt das Zollamt aufgrund der Vorschriften die Sendung als Pfand zurück... und schrieb nach einer Weile, da es nicht zu seiner Forderung kommen konnte, den Sarkophag mit Inhalt zur öffentlichen Versteigerung aus. Das Museum verständigte man garnicht davon. Zum Glück blieb die Versteigerung erfolglos, da sich nur ein einziger Käufer für die Mumie interessierte und auch der einen so lächerlichen Preis dafür bot, dass man lieber eine zweite Versteigerung ankündigte. Aus Zufall erhielt von dieser Versteigerung auch der Museumsdirektor Kenntnis und setzte daraufhin alles in Bewegung, um den Sarkophag und die Mumie für das Museum zu retten. Und das Unglaubliche, die Finanzbehörden zu einer besseren Einsicht zu bewegen, gelang. Die hohen Herren des Fiskus sahen endlich das Grotteske der Situation ein und entschlossen sich, den Sarkophag mit der Mumie - freilich ohne Schokolade - freizugeben. Oder vielmehr - wie es in der Zuschrift lautet - zu schenken, womit dem Anspruch des Staates Ausdruck gegeben ist, neben dem englischen Mäzen als gleichwertiger Gönner genannt zu werden.

-osi.

Der Zeuge. ^x

Von Harald Tandrup.

SPD. Wir sprachen von Träumen, als eine Dame sich an ihren Mann wandte und ihn aufforderte: "Erzähle den Traum; Du weißt schon; ... als Du noch ein junger Mensch warst!"

Es war das erste Mal, dass wir diesem Manne Beachtung schenkten. Er hatte die ganze Zeit nichts gesagt, und wir konnten bemerken, wie er unter dem Vollbart errötete, als seine Frau uns veranlasste, ihn anzusehen. "Ach", sagte er, "was ist ein Traum? Ja, wenn man es selbst erlebt hat - aber sonst, wer wird es glauben?"

Natürlich musste er trotzdem erzählen.

"Da ist eine unserer kleinen Provinzstädte, die den Ruhm genießt, von sieben Bächen durchflossen zu werden. Sie wissen schon, welche ich meine. An jedem der Bäche liegt eine Mühle, deren grösste eine kleine Tuchfabrik mit Kraft versorgt. Dort war ich angestellt.

In dem Jahre, bevor ich in das Städtchen kam, hatte ich einen merkwürdigen Traum, und zwar träumte mir ungefähr zehnmal dasselbe. Ich entsinne mich also aller Einzelheiten. Mir war, als ginge ich über einen Boden, den ein Lattenschlag abschloss. In der Wand befand sich eine Brettertür, an der mit Reißbrettstiften ein Deckblatt des "Familienjournals" befestigt war. Es stellte Nansen auf dem Binneneise dar. Ich öffnete die Tür und gelangte in den andern Teil des Bodens, wo eine Anzahl grosser Wannen aufgestellt war. Mitten auf dem Fussboden stand ein Mann mit feuerrotem Bart. Er blickte sich um, verwirrt oder

spähend. Plötzlich schoss ein Mensch aus einer der Wannen empor. Ein wilder, zerlumpter Bursche mit einem Messer in der Hand. Der Mann mit dem Barte drehte ihm den Rücken zu, musste aber das Geräusch gehört haben, denn er wandte sich mit einem Satz um. Der andere stach nach ihm. Er drehte sich zur Seite, ergriff eine Axt, die an der Wand lehnte, schnellte herum und hieb den Messerstecher über den Kopf... Und da war der Traum zu Ende."

"Dann weiss ich auch, was Sie sagen wollen", meinte eine Dame. "Sie haben das später alles erlebt."

"Nein," sagte er, "niemals!"

"So träumte mir auch einmal von einer Ratte", bemerkte ein anderer Herr. "Mein Mann ist noch nicht fertig", warf seine Frau ein. "Erzähle, was Du in jener kleinen Stadt später erlebtest!"

Und er erzählte:

"Die Tuchfabrik hatte mir bei einem alten Färber ein Zimmer gemietet, der an dem gleichen Bache wohnte, der das Mühlwerk trieb. Der Mann war nicht zu Hause, aber seine Frau zeigte mir das Zimmer. Es läge etwas abseits, sagte sie, aber es sei schön und gross. Wir gingen eine Treppe hinauf auf den Boden. Ich erkannte ihn sofort wieder. Es war der Boden meines Traumes! Da war der Lattenverschlag und die Tür mit dem Bild aus dem "Familienjournal". Wir gingen hindurch. Da standen die Wannen... und dort,..., an die Wand gelehnt, die Axt!"

"Da bekamen Sie's aber mit der Angst", meinte die Dame.

"Nein", sagte er, "komisch genug. Jetzt, da ich die Geschichte erzähle, kommt mir alles unheimlich vor. Als ich sie aber erlebte, war ich lediglich erstaunt. Ich konnte es nicht unterlassen, an eine der Wannen mit Messingreif heranzutreten..., es war gerade die Wanne, aus der der Mann herausgeschneilt war, und ich blickte hinein! Natürlich befand sich niemand darin. Aber die Frau sagte: "Das sind alte Wannen, die schon zur Zeit meines Vaters in der Färberei gestanden haben! Aber jetzt sollen Sie das Zimmer sehen!" Sie öffnete die Tür zu einem reizenden Giebelzimmer mit der schönsten Aussicht auf die Wiesen und den Dom. Gerade unten lief der Bach vorbei! Am Ende des Hauses befand sich eine direkte Treppe, sodass ich abends nicht über den Boden zu gehen brauchte; sonst hätte ich es auch wohl kaum gewagt. Drei glückliche Jahre wohnte ich dort und kann Ihnen versichern, dass ich niemals etwas sah oder hörte, was mich hätte erschrecken können."

"Ja -", meinte der Herr von vorhin, "es gibt viele sonderbare Träume - so träumte mir zum Beispiel mal von einer Ratte..."

"Entschuldigen Sie", bemerkte der Erzähler, "ich bin noch nicht ganz fertig. Ich lernte den alten Färber kennen und verkehrte bei ihm wie ein Sohn des Hauses. Im zweiten Jahre meines Dortseins wurde der Mann ernstlich krank und welkte von Tag zu Tag mehr dahin. Eines Nachts kam die alte Frau und weckte mich. Sie sagte, dass ihr Mann in den letzten Zügen läge und mich vor seinem Ableben zu sehen wünschte. Ich entsinne mich des Krankenzimmers mit dem Schirm vor der Lampe und des unrasierten Mannes in seinem weissen, groben Nachthemd und der knöchigen Hände auf dem Deckbett. Er wandte sich mir zu und sagte: "Es ist schwer zu sterben, wenn man etwas auf dem Gewissen hat. Würden Sie glauben, dass ich einen Menschen umgebracht habe? Sehe ich wie ein Mörder aus? Es geschah aber aus Notwehr. Glauben Sie, dass mir Gott verzeihen kann?"

Die Frau trat an die andere Seite des Bettes und trocknete seine Stirn. "Wenn nur keiner mehr auf dem Gewissen hätte als Du", sagte sie.

"Ich tötete ihn hier im Hause," fuhr er fort. (Sterbende sprechen immer so fern und nicht zu einer bestimmten Person. Sie starren auf ein Tapetenmuster, während sie reden)... "Ich warf die Leiche in den Bach und sie trieb hinab in die Mühle. Als sie ihn fanden, glaubten sie, dass er dort ertrunken sei! Es trug sich so zu, dass ich eines Sonntags allein zu Hause war und hörte, wie sich jemand die Treppe hinaufschlich. Das war er!"

Er schwieg und versank in Gedanken, und ich sagte, um ihn zu trösten: "Wenn Sie wissen, dass es Notwehr war, brauchen Sie sich keine Gewissensbisse zu"

machen!"

"Ach - Sie kennen das nicht. Im ersten Augenblick möchte man darauf schwören, dass es Notwehr ist, aber wenn man später darüber nachgrübelt, taucht der Gedanke auf, dass es vielleicht nicht nötig war. Möglicherweise wurde mein Leben garnicht bedroht; das habe ich mir nur eingebildet. Vielleicht war es ein armer Kerl, der mehr Angst vor mir hatte, als ich vor ihm. Wäre doch nur ein Zeuge dabei gewesen!... Aber hören Sie nun! Als er die Treppe hinaufschlich, da schlich ich hinterher. Ich hörte ihn über den Boden gehen. Dann rief ich: Hallo! Wer dort? Niemand antwortete. Ich ging dorthin, wo die Wannen stehen..."

"Hatten Sie damals einen roten Vollbart?" fragte ich eifrig.

"Ja", sagte er, "Warum?"

"Ich weiss alles", sagte ich. "Sie standen auf dem Boden und blickten sich um. Plötzlich sprang der Mann aus der Wanne mit den Messingringen hervor. Ja. Ja!... Er hatte ein Messer in der Hand und stach nach Ihnen. Sie sprangen zur Seite und ergriffen die Axt. Er war es aber, der Sie zuerst angriff. Es war ehrliche Notwehr!" -

Mit aufflackernder Kraft erhob sich der Sterbende im Bette, streckte seine Hände gen Himmel und sagte laut: "Gott sei gelobt! Der Zeuge ist gefunden!..

Er wollte mehr sagen, aber es war nur ein Murmeln, als er ins Bett zurücklief, erlosch sein Lebenslicht, und er starb vor meinen Augen. Wir verweilten einen Augenblick schweigend und starrten in sein Gesicht. Dann bedeckte ihn die Frau mit einem Laken und sagte: "Jetzt steht er vor dem Richter, der keine Zeugen braucht, weil er allwissend ist!" - -

Der Mann, der den Traum gehabt hatte, schwieg. Einen Augenblick blieb alles still. Dann sagte der Herr von vorhin: "Es gibt keine Erklärung für Träume. So träumte mir einmal von einer Ratte. . ."

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen von Marieluise Henniger.)

Thomas Manns neuer Roman.

SPD. Unter den hervorragendsten Repräsentanten deutscher Dichtung der Gegenwart zeichnet sich der jüngste Nobelpreisträger Thomas Mann durch ausserordentliche Langsamkeit seines Schaffens aus. Sein vorliegendes Lebenswerk hat nur einen verhältnismässig geringen Umfang. Dafür gilt es freilich auch in jeder Zeile als kostbarstes Edelgut unsrer zeitgenössischen Literatur. Umso mehr muss es überraschen, zu hören, dass Thomas Mann schon seit einigen Jahren an einer romanhaften Erneuerung eines biblischen Stoffes arbeitet (und wohl auch noch manche Jahre daran arbeiten wird). Man sollte meinen, dass es gerade in unserm Zeitalter grosser gesellschaftlicher Umwälzungen genug wichtigere Stoffe für einen Romandichter gäbe. Zudem haben schon viele bedeutende Erzähler sich an der Wiedergabe solcher legendenhafter Stoffe versucht, ohne auch nur entfernt die grossartige Einfachheit der Darstellung und die sprachliche Wucht der biblischen Erzählung zu erreichen. Die gleiche Befürchtung ist auch für Thomas Mann's im Entstehen begriffenen "Josef"-Roman nicht von der Hand zu weisen, wenn man nach den Proben aus der Geschichte Jakobs, des Vaters Josefs, urteilen darf, die der Dichter auf einem Dichterabend des in diesem Winter auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblickenden "Verbandes deutscher Erzähler" in Berlin vorlas.

Gewiss gelingen dem Dichter lebendige Charakterisierungen und anschauliche, bewegte Schilderungen, etwas in der Szene, in der Laban vergeblich im Zeltlager seines geflohenen Schwiegersohnes Jakob seine gestohlenen Hausgötter sucht. Im ganzen jedoch ist die Darstellung von einer nüchternen Hausbacken-

sten und Alltäglichkeit, die nichts von der mystischen Grösse des Stoffes verspüren lässt. Es war nicht unberechtigt, dass die ernsthaften Schilderungen fast ununterbrochen fröhliche Lachausbrüche der Zuhörer hervorriefen. Am bedenklichsten aber ist die sprachliche Unzulänglichkeit des Romans. Da finden sich beispielsweise solche geschraubten Wendungen wie Rahels Worte zu Lea: ".....wie hässlich ist das, was du da deiner Natur nach zu reden gezwungen bist!" Oder wir hören bei der Schilderung von Jakobs heimlicher Flucht und Rahels Diebstahl der Hausgötter ihres Vaters solche Banalitäten wie etwa: "...da man sich fortstahl..., so stahl auch sie." Daneben finden sich Sprachscheusslichkeiten wie "von wegen" (statt einfach "wegen"). Hauptsachen werden oft in Relativsätzen ausgesprochen. Gott erscheint Jakob im Traum und kleidet seine Aufforderung zur Flucht in die Ausdrucksweise: "Mach, dass du fortkommst!" Diese sprachlichen Mängel werden besonders deutlich, wenn man beispielsweise den bezaubernd geschliffenen Stil in Jakobs Wassermann's neuestem Roman "Joseph Kerkhoven" daneben hält. Nach den gehörten Proben zu urteilen, scheint Thomas Mann's "Josef"-Roman ein ähnlicher künstlerischer Fehlschlag zu werden wie etwa auf anderem Gebiete Gerhart Hauptmann's "Till Eulenspiegel."

Bz.

Bergarbeiterleben vor 4000 Jahren.*

SPD. Der Streit um den Ursprung des Alphabets, der die Köpfe der Gelehrten schon seit undenklichen Jahren erhitzt, hat neue Nahrung erhalten. Durch die Funde einer archäologischen Mission der amerikanischen Havard-Universität in der Hochebene von Cerabit-El-Hadem auf der Sinai-Halbinsel sind die bisher geltenden Theorien um eine weitere bereichert worden. Bei den dort gemachten Ausgrabungen sind die mit Inschriften bedeckten Steine als um tausend Jahre älter rekognosziert worden als die im Jahre 1923 ans Tageslicht geförderten Tafelchen von Achiram mit phönizischen Lettern, die aus dem Jahre 1300 v. Chr. stammen und bisher als die ersten bekannten Buchstabenzeichen gegolten haben. Die Inschriften von Cerabit-El-Chadem können als Schulbeispiel für die Umformung ägyptischer Schriftzeichen und hieroglyphischer Symbole in Konsonanten der semitischen Sprache angesehen werden. Es scheint, dass die Phönizier diese unbeholfenen und groben Zeichen erst einige hundert Jahre später als Vorlagen zur Ergänzung ihres eigenen Alphabets benutzt haben, das seinerzeit wieder die Basis für das griechische und lateinische abgegeben hat.

Das Plateau von Cerabit liegt ungefähr 100 km von Suez entfernt inmitten einer wasserlosen ohne jedes tierische und pflanzliche Leben. Ein semitischer Nomadenstamm entdeckte hier schon vor etwa 7000 Jahren Türkisenvorkommen. Im Jahre 4500 v. Chr., unter der Regierung des Pharaos Suferu, des letzten Forschers der dritten Dynastie, stiessen Aegyptier auf die Bergwerke und begannen, sie auf eigene Rechnung auszubeuten, anstatt die Steine, wie bisher, von den Nomaden durch Tauschhandel zu erwerben. Sie setzten sich an dem wichtigsten Punkte dauernd fest und errichteten in einer bisher als semitisches Heiligtum der "Türkisengottheit" dienenden Höhle einen Tempel der Totengöttin Hathor.

Obwohl die Tempelruine und die Ueberreste der Bergwerksanlagen bereits 1905 von dem Engländer Walter Petrie entdeckt worden waren, blieben die Inschriftensteine an Ort und Stelle, und die Versuche zu ihrer Entzifferung konnten nur aufgrund von Photographien erfolgen. Der intensiven Arbeit zahlreicher Aegyptologen und Semitologen ist erst neuerdings ihre Entzifferung gelungen, und eine Kontrolle der Ergebnisse wird in Zukunft umso leichter möglich sein, da die Steine inzwischen von der Mission nach Kairo übergeführt worden sind. Es hat sich herausgestellt, dass sie entgegen der Theorie des deutschen Professors Grimme die Geschichte des Moses nicht erwähnen, der an einer ganz andern Stelle

der Sinaihalbinsel und noch dazu mehrere Jahrhunderte später erlebt hat. Stattdessen geben die hier vorgefundenen steinernen Dokumente ein anschauliches Bild aus dem Leben ägyptischer Bergarbeiter vor 4000 Jahren. Ihre Tätigkeit war danach nicht weniger beschwerlich als die ihrer modernen Berufsgenossen, und war darüber hinaus noch vielseitig, denn sie waren genötigt, neben ihrer täglichen Berufsarbeit noch Kriegsdienste zu leisten, um die häufigen Angriffe beutelustiger Nomadenstämme abzuwehren.

Auf einem der grössten Steine wird erzählt, wie eine aus neun Mann bestehende Gruppe ägyptischer Bergleute eine grosse Schar von Banditen in die Flucht getrieben und bei dieser Gelegenheit eine Menge frisch geförderter Türkisen gerettet hat, die dem ägyptischen Staatsschatz gehörten, da die Bergwerke auf dessen Rechnung betrieben wurden. Anlässlich dieses glücklichen Ereignisses hat die Bergwerksverwaltung ein grosses Fest für alle in den Gruben beschäftigten Arbeiter gegeben. Andere Steine enthalten Gebete, und es wird erzählt, dass die Bergleute täglich in den Höhlentempel kamen, um Glück für ihre Arbeit zu erbitten und von der Göttin Hinweise auf die Lage neuer Gänge der kostbaren Steine zu erhalten.

Für die Anfertigung dieser steinernen Dokumente war in der Nähe der Gruben eine besondere Werkstatt eingerichtet, die nach dem Ergebnis der jüngsten Forschungen als die Wiege des semitischen Alphabets, des Vorläufers unsres Alphabets, anzusehen ist.

Elektrizität aus dem Meerwasser.^x

SPD. Einem französischen Gelehrten soll es gelungen sein, Elektrizität aus dem Meerwasser zu gewinnen. Die Temperaturunterschiede des Seewassers aus verschiedener Tiefe sollen die elektrische Energie liefern. Prof. Dr. Michael Rozsa, der sich mit diesem Problem viel beschäftigt hat, gibt darüber die folgende interessante Aufklärung:

Die Möglichkeit der Gewinnung von Elektrizität aufgrund von Wärmeunterschieden ist eine längst bekannte Tatsache. Erhöht man zum Beispiel die Temperatur der Lötstelle verschiedener Metalle, so wird der Gleichgewichtszustand der elektrischen Teilchen gestört, und sie beginnen zu wandern (elektrischer Strom). Ebenso kann auch der umgekehrte Fall eintreten. Wird durch die zusammengelöteten Metalle ein elektrischer Strom geleitet, so tritt an den Lötstellen eine entsprechende Temperaturänderung auf. Der Strom verursacht an den Lötstellen immer das Gegenteil derjenigen Temperaturveränderung, durch die er selbst entstehen würde. Durch eine kombinierte Thermobatterie gewinnt man bedeutende Mengen der Elektrizität. Ähnliche Elektrizitätserregung, verursacht durch die im Brennpunkte vereinigten Sonnenstrahlen, kann bei vielen zusammengelöteten Metallkomplexen konstatiert werden. Es genügt hierzu ein empfindlicher Galvanometer.

Das ist ein wichtiges, vorläufig aber nur theoretisches Ergebnis. Gegenüber anderen Quellen der Elektrizität ist die wirtschaftliche Bedeutung minimal. Im konzentrierten Wasser des Bärensees (Siebenbrunnen) fand Prof. Dr. Rozsa Ende Juni bei 10 Meter Tiefenunterschied einen Temperaturunterschied von 30 Grad Celsius. Seine experimentellen Untersuchungen ergaben das Resultat, dass verschieden konzentrierte Salzlösungen, vorsichtig übereinander geschüttet, die Sonnenwärme anhäufen (akkumulieren). Bei sorgfältiger Bewahrung kontinuierlicher Diffusionsschichten konnte Rozsa in künstlich hergestellten kleinen Salzseen durch die Besonnung (Insolation) Temperaturen über 60 Grad Celsius erhalten. Trotz der geringen Tiefenverhältnisse und der grossen Temperaturunterschiede ist es ihm nie eingefallen, auf dieser Basis Elektrizität zu gewinnen.

Bei den grossen Tiefen und bei den geringen Temperaturunterschieden des Meeres müssten die Untersuchungen des französischen Forschers, praktisch gesehen, mit einem Fiasko enden. Sicher ist aber, dass die Kohlenwirtschaft nicht ewig bestehen und die Sonnenenergie, bei entsprechender Kenntnis des Wesens der die Materie bildenden elektrischen Teilchen und des die Energie des Universums vermittelnden Aethers, in die Dienste der menschlichen Tätigkeit gestellt werden kann.

Politik mit Gesangseinlagen.

Stimmt an mit hellem, hohem Klang!
Wir wollen es beteuern:
Durch Sprechchor und durch Chorgesang
Ist Deutschland zu erneuern!

Wir freuen uns im Parlament
Des musikalischen Zaubers.
Wenn auch sein Blut uns von ihm trennt:
Wir sind dort Richard Taubers!

Bei uns wird jeder Zwischenruf
Zur festlichen Premiere.
Als Hitler die Bewegung schuf,
Da wollte er Tenöre.

Die Sachlichkeit ist nur ein Zimt,
Wir denken da despotisch.
Der Ton, auf den wir abgestimmt,
Ist rüde, doch melodisch.

Jodok.

SPD, Schwierige Kalenderreform.^x Zur Reform des Kalenders sind dem Völkerbunde nicht weniger als 185 Reformvorschläge zugegangen. Davon entfällt die Höchstzahl, 33, auf Frankreich. Dann folgen die Vereinigten Staaten mit 27 und an dritter Stelle Deutschland mit 24 Vorschlägen. Weiter kamen aus der Schweiz 14, aus Rumänien und Belgien je 10 und aus Oesterreich 7 Vorschläge. Die andern Staaten bringen nur wenige Vorschläge. Im Ganzen beteiligten sich 33 Staaten an den Entwürfen. Den radikalsten (doch nicht etwa ironisch gemeinten??) Vorschlag machte Wilhelm Ostwald, der vorschlug, die gesamten Tage des Jahres einfach fortlaufend von 1 an zu zählen und zu numerieren. Wenn man sie im Kopfe behalten will, so würde das ein sehr gutes Zahlengedächtnis erfordern. Der Ausschuss des Völkerbundes hat denn auch allen Ernstes diesen Vorschlag nicht für zweckmässig erachtet.

Durchschaut.^x Walter Scott, der grosse Romanschriftsteller, erhielt eines Tages einen Brief von einem Verehrer, der ihn um die Erlaubnis bat, den Verfasser von "Kenilworth" und "Quentin Durward" zu besuchen: Scott, den "Löwen des Nordens". Scott schrieb zurück, dass er dem Besuch des Gentleman gern entgegen sähe. Er lade ihm zum Mittagessen ein, da Löwen am besten während der Fütterung beobachtet werden könnten...

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 20. Oktober (Eig. Be)

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des Entwurfs eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin. Anstelle der bisher in Berlin bestehenden Magistratsverfassung setzt der Entwurf die Bürgermeistereiverfassung. Die Stadtverordnetenversammlung mit ihren 225 Mitgliedern soll verschwinden und einer Stadtvertretung mit 150 Mitgliedern Platz machen. Den Vorsitz in der Stadtvertretung soll der Oberbürgermeister führen, dessen Machtbefugnisse durch das neue Gesetz allgemein erheblich erweitert werden.

Innenminister Dr. Waentig

leitete die Beratung mit einer längeren Rede ein. Er wies einleitend darauf hin, dass der neue Entwurf den Gedanken der Selbstverwaltung wahre und nichts, wie vielfach behauptet wurde, von Präfektur oder Diktatur bringe. Der Entwurf solle verhindern, dass sich in Zukunft wiederhole, was in der jüngsten Vergangenheit eingetreten sei, nämlich eine Störung des geordneten Ganges der Verwaltung oder ein Versagen der verantwortlichen Selbstverwaltungsstellen dazu führe, dass der Staat in einer Weise eingreifen muss, die ihm eine Art Mitverwaltung zumute. Die Aufsicht des Staates soll sich auf das beschränken, was auch anderen Städten gegenüber Aufgabe der Staatsaufsicht sei. Hinsichtlich der Vorkommnisse in der Berliner Verwaltung sei zu sagen, dass, wenn man auch den Einzelfall auf die Unzulänglichkeit oder Unzuverlässigkeit einzelner Personen zurückführen möge, im ganzen gesehen doch das System selbst, die Organisation die Schuld daran trage, dass solche Fälle in solcher Zahl sich hätten ereignen können. Man sei sich bei der Schaffung Grossberlins im Jahre 1920 offenbar nicht über die Konsequenzen klar gewesen, die die Begründung einer so grossen Einheitsgemeinde für ihre Verfassung und Verwaltung haben musste. Die Staatsregierung seit weit davon entfernt, aus den Berliner Vorkommnissen Konsequenzen allgemeiner Art gegen die Selbstverwaltung an sich oder auch nur gegen die Berliner Selbstverwaltung zu ziehen. Für sehr bedauerlich halte er, der Minister, es aber, dass die berliner städtischen Organe die Reform ablehnen. In dieser ablehnenden Stellung sehe er keinen Beweis gegen die Zweckmässigkeit der vorgeschlagenen Reform, sondern nur einen Beweis dafür, dass die Reform anscheinend leider ohne Zustimmung oder Mitwirkung der Berliner in Angriff genommen werden müssen.

Im einzelnen erklärte der Minister, dass der Entwurf grundsätzlich die Einteilung in Bezirke beibehalte. Nach der Ansicht der Staatsregierung solle nur das zentral verwaltet werden, was unbedingt einheitlich verwaltet werden müsse. Alles andere solle grundsätzlich den Bezirken zur eigenen Verwaltung übertragen werden. Die ausgesprochene Absicht des Entwurfs sei es, vor allem die Verantwortungen in jeder Richtung klarzustellen. Die Provinzialverwaltung solle auf Berlin, das in vieler Beziehung an eine Provinz erinnere, dergestalt angewendet werden, dass ein von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlrecht zu wählendes engeres Gremium von 34 Mitgliedern, der sogenannte Stadtgemeindevorstand, der Stadtverordnetenversammlung die Kleinarbeit abnimmt. Abgesehen von der Entlastung der Stadtverordnetenversammlung werde es dem Stadtgemeindevorstand vermöge seiner Zusammensetzung und infolge der Nichtöffentlichkeit seiner Sitzungen möglich sein, sich den ihn obliegenden Verwaltungsarbeiten in ganz anderer Weise zu widmen, als es der Stadtverordnetenversammlung möglich wäre.

Das Zweikammersystem bezeichnete der Minister als überlebt. Die Staatsregierung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Bürgermeistereiverfassung alles in allem den Vorzug vor der Magistratsverfassung verdiene. Das im Referentenent-

wurf bereits vorgesehene allgemeine Selbstverwaltungsgesetz werde daher voraussichtlich die obligatorische Einführung der Bürgermeistereiverfassung vorschlagen. Selbst wenn man im allgemeinen die Magistratsverfassung wahlweise neben der Bürgermeistereiverfassung zulassen sollte, komme für die Stadt Berlin nur die Bürgermeistereiverfassung in Frage, und zwar gerade wegen der Feststellung der Verantwortung. Die beklagenswerten Ereignisse des letzten Jahres hätten bewiesen, dass es in Berlin an einer einheitlichen Leitung und Aufsicht gefehlt habe, dass in der Zentrale die einzelnen Stellen nebeneinander, zum Teil gegeneinander gearbeitet hätten und dass immer unklarer geworden sei, wer eigentlich die Verantwortung zu tragen habe. Die Hauptschuld trage also das System, wenn auch bei einzelnen Persönlichkeiten die notwendige Eignung oder Zuverlässigkeit gefehlt haben möge. Keine Verwaltung sei so gross und kompliziert, dass nicht die Möglichkeit bliebe, den einheitlichen Ueberblick über das zu behalten was für die Leitung und Aufsicht wirklich wesentlich sei. Voraussetzung für diese Möglichkeit sei allerdings, dass die leitende Persönlichkeit mit solchen Befugnissen ausgestattet sei, dass sie die ihr aufgebürdete Verantwortung auch tragen kann. Das könne sie nur, wenn sie nicht durch kollegiale Rücksichten an den gebotenen Entscheidungen gehemmt werde. Aus allen diesen Gründe halte es die Regierung für notwendig, die bisherige Magistratsverfassung in Berlin zu beseitigen. Der Oberbürgermeister solle der Gemeindevorstand und Dienstvorstand aller städtischen Beamten werden. Für die zentrale Verwaltung sollen ihm Stadträte beigegeben werden, die sich von den jetzigen Stadträten jedoch dadurch unterscheiden, dass sie nicht Kollegen des Oberbürgermeisters, sondern im Sinne der westlichen Städteordnung seine Beigeordneten sind. Unbesoldete Stadträte solle es in Zukunft nicht mehr geben. Die Erfahrung habe gezeigt, dass die zentrale Leitung eines Berliner Verwaltungszweiges zu grosse Ansprüche stelle, als dass sie im Nebenamt übernommen werden könnte. Den Ausgleich für diesen Fortfall einer Möglichkeit ehrenamtlicher Betätigung solle die Arbeit im Stadtgemeindevorstand und in den beschliessenden Ausschüssen, sowie ferner die verstärkte Mitarbeiter an der Bezirksverwaltung darstellen. Das dem neuen Oberbürgermeister zugedachte Mass der Verantwortung soll dadurch erleichtert werden, dass er den Vorsitz in der neuen Stadtverordnetenversammlung, der sogenannten Stadtvertretung, erhält. Für die Bezirksverfassung solle das sogenannte süddeutsche Stadtratssystem eingeführt werden; der Bezirksrat solle sowohl beschliessende wie verwaltende Funktionen haben. Der Bezirksbürgermeister erhalte den Vorsitz im Bezirksrat. Die erforderliche Einheitlichkeit von Zentralverwaltung und Bezirksverwaltung solle dadurch sichergestellt werden, dass die Bezirksbürgermeister für ihr örtliches Verwaltungsgebiet den Stadträten, die in der Zentrale ein Fachgebiet zu leiten haben, gleichgestellt werden. Zwischen den leitenden Beamten aus Zentrale und Bezirken sollen vom Bürgermeister einzuberufende regelmässige Konferenzen eine enge Verbindung herbeiführen. Der Minister schloss mit dem Hinweis, dass die Staatsaufsicht nicht erweitert, vielmehr in manchen Punkten abgeschwächt werde. Die Staatsaufsicht solle nicht im Vordergrund, sondern in Reserve stehen.

In der allgemeinen Aussprache bezeichnete

Abg. Fechner (Soz.)

es als bedenklich, dass der Entwurf gerade in der grössten Krise der Berliner Stadtverwaltung eingebracht worden sei, sodass man geradezu von einer lex Sklarek gesprochen habe. Man müsse davor warnen, aus einer Sklarekpsychose heraus die Selbstverwaltung zu beschneiden. Es müsse geprüft werden, ob es nicht besser sei, das allgemeine Kommunalverfassungsgesetz abzuwarten. Die sozialdemokratische Fraktion würde jedoch trotz mancher Bedenken an der Vorberatung des Entwurfs im Ausschuss mitarbeiten. Sie lehne den Versuch der Deutschnationalen ab, die Einheitsgemeinde Berlin zu zerschlagen und empfehle den Vorschlag Harnisch (Soz.), über die Bürgermeistereiverfassung hinaus ein reines Einkammersystem

zu schaffen.

Abg. Steinhoff (Dnat.) erklärte, dass die bisherigen Verwaltungsmethoden in Berlin für die Viermillionenstadt völlig ungeeignet seien. Die Frage sei nur, ob aufgebaut werden müsse auf der Grundlage der Selbstverwaltung nach Stein'schem Muster oder nach dem Präfektursystem nach französischem Vorbilde. Der Redner lehnte die Vorlage ab, weil sich hinter dem Bürgermeistersystem, das sie enthalte, die Präfektur verberge. Er begründete dann einen deutschnationalen Antrag auf grosse Dezentralisation der Verwaltung.

Abg. Schwenk (Komm.) nannte den Entwurf einen Wechselbald, der nur die eine Aufgabe hätte, die Fortführung der bisherigen politischen Linie zu sichern. Der diktatorische Charakter des Gesetzes werde durch die grosse Machtposition enthüllt, die der Oberbürgermeister enthalten solle, und auch dadurch, dass die Verhandlungen der Stadtvertretung in die Dunkelkammer der Nichtöffentlichkeit verlegt werden sollten.

Abg. Hallensleben (Dvp.) beantragte, die Stadt Berlin gutachtlich zu hören, bevor das Gesetz verabschiedet werde. Den Grundgedanken, die Berliner Verwaltung zu reformieren, bezeichnete er als richtig. Dennoch werde man den Gesetzesentwurf schwerlich in der vorliegenden Form annehmen können, weil er doch eine Ausschaltung der Selbstverwaltung bringe.

Abg. Gressler (Dem.) meinte, man solle erst das allgemeine Gesetz für ganz Preussen abwarten und Berlin nicht unter ein Ausnahme-Gesetz stellen. Im übrigen spiele bei jeder Verfassung das Persönlichkeits-Problem die Hauptrolle. Die Vorlage weise eine starke Zentralisierung und Bürokratisierung auf.

Abg. Mentz (W.P.) lehnte die Ersetzung der Magistratsverfassung durch die Bürgermeister-Verfassung ab. Lediglich sachlich und beruflich vorgebildetes Personal dürfe in der Stadtverwaltung tätig sein, aus der das parteipolitische Moment verschwinden müsse.

Die Vorlage wurde dem Gemeindevorstand überwiesen, der aber, nach dem angenommenen volksparteilichen Antrag, seine Beratungen erst beginnen wird; wenn das angeforderte Gutachten des Berliner Magistrats vorliegt.

Nach 16 Uhr vertagte sich der Landtag auf Dienstag 12 Uhr: Diäten-Kürzung und Abstimmung über die Anträge auf Auflösung des Landtags usw.. - Das kommunistische Verlangen, auch über einen Antrag zu beraten, der die Regierung auffordert, sofort den Vertrag mit den evangelischen Kirchen zu veröffentlichen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 20. Okt. (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag begann am Montag die erste Lesung des vielumstrittenen Gesetzesentwurfs über die neue Selbstverwaltung der Stadt Berlin. Obwohl die Regierung plant, ein neues Selbstverwaltungsgesetz für alle preussische Gemeinden vorzulegen, hat sie sich entschlossen, vorerst eine Neuregelung der Berliner Gemeindeverfassung zur Ausführung zu bringen, weil nach ihrer Ansicht die jetzt geltende Magistratsverfassung (Zweikammersystem) der Reichshauptstadt weder ihrer Grösse noch ihrer Bedeutung nach entspricht.

Die Vorlage wurde durch den Innenminister Dr. Waentig in einer längeren Begründung eingebracht. Er verwies darauf, dass man bei der im Jahre 1920 erfolgten Zusammenfassung von 8 Grosstädten, 86 Landgemeinden und Gutsbezirken zur Einheitsgemeinde Gross-Berlin insofern nicht an die Konsequenzen gedacht habe, als man die Stadt in 20 Bezirke einteilte, aber dabei die Stadtverfassung unverändert gelassen habe. Der Minister benutzte die Gelegenheit auch auf die unliebsamen Vorkommnisse einzugehen, die Berlin im letzten Jahre in der Öffentlichkeit so geschadet haben. Er sieht die Fehlerquelle weniger in der Unzulänglichkeit oder Unzuverlässigkeit einzelner Personen, als im System der Verwaltung.

Das für Berlin geltende System der Magistratsverfassung macht zur Verabschiedung von Vorlagen die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats erforderlich. Dieses Zweikammersystem soll nach dem Entwurf durch das Einkammersystem der rheinischen Bürgermeistereiverfassung ersetzt werden. Die Vorlage will die Stadtverordnetenversammlung erheblich verkleinern, die eigentlichen Entscheidungen in einen von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Verhältniswahlssystem gewählten Stadtgemeindevorstand von 34 Sitzen verlegen, während der Oberbürgermeister sowohl in der Stadtverordnetenversammlung als auch in dem betreffenden Ausschuss den Vorsitz führen soll. Der Stadtgemeindevorstand soll nach dem Vorbild der Provinzialverfassung gebildet werden. Der Magistrat soll keine kollegiale Körperschaft mehr sein, die Stadträte sollen als Beigeordnete des Oberbürgermeisters fungieren, der der höchste Dienstvorsatz aller städtischen Beamten ist, allein die Verantwortung trägt und dementsprechend auch mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden soll. Eine ähnliche Regelung ist für die einzelnen Berliner Stadtbezirke vorgesehen, wobei jedoch unter Zugrundelegung des Prinzips einer einheitlichen Zentralverwaltung auf grösstmögliche Selbständigkeit der Bezirke Wert gelegt werden soll.

Mit der geforderten Verabschiedung des Entwurfes will die Staatsregierung der Stadt Berlin das erhalten, was sie als ihr teuerstes Gut gepflegt sehen möchte: die selbstverantwortliche Selbstverwaltung. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Berlin haben den Entwurf inzwischen einmütig abgelehnt.

Als erster Debatteredner erklärte Abg. Fecher-Berlin (Soz.), dass der Entwurf nicht die ungeteilte Anerkennung der sozialdemokratischen Fraktion finde. Es sei ausserordentlich bedenklich, eine Vorlage von so weittragender Bedeutung in schwerster Krisenzeit einzubringen. Sie sei nichts anderes, als eine Lex Sklarek. Die geforderte unbeschränkte Handhabung der Geschäfte durch den künftigen Oberbürgermeister sei eine starke Beeinträchtigung der Rechte der Stadtverordnetenversammlung. Rein verwaltungstechnisch habe man mit der Einheitsgemeinde Berlin gute Erfahrungen gemacht. Daran knüpfe auch ein Entwurf der Berliner Organisation der Sozialdemokratischen Partei an, der den schwierigen Problemen durch die Schaffung eines Einkammersystems, aber auf andere Weise, beikommen wolle. Der Redner empfahl schliesslich, die Angelegenheit solange zurückzustellen, bis das von der Regierung angekündigte Selbstverwaltungsgesetz für alle preussischen Gemeinden vorliegt.

Auch die Redner der Deutschnationalen, der Kommunisten, der Demokraten, der Volkspartei und der Wirtschaftspartei kritisierten die Vorlage und lehnten sie

ab. Der Entwurf wurde schliesslich dem Gemeindeausschuss überwiesen. Angenommen wurde zugleich ein Antrag der Deutschen Volkspartei, noch vor der Ausschussberatung ein Gutachten des Berliner Magistrats einzuholen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Diätenkürzungsantrag, Abstimmungen über die in der grossen politischen Debatte der letzten Woche gestellten Anträge.
